

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1888 unter Nr. 849.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die „berechtigten Forderungen“.

Wenn die alten Parteien sich über die moderne Arbeiterbewegung aussprechen, so stimmen sie alle darin überein, daß man die „berechtigten Forderungen“ der Arbeiter anerkennen oder auch unterstützen, aber alles, was darüber hinausgeht, beseitigen müsse. Mit dem Begriff der „berechtigten Forderungen“ der Arbeiter geht es wie immer in solchen Dingen; kein Mensch weiß, wo sie anfangen und wo sie aufhören. Jede Partei macht sich solche Begriffe nach ihrem Geschmack und zur beliebigen Benutzung zurecht.

Versuchen wir einmal, den Begriff der „berechtigten Forderungen“ so zu formulieren, daß er allen Parteien möglichst gerecht wird! Es sind dies jene Forderungen, die erfüllt werden können, ohne daß dadurch die Interessen anderer Gesellschaftsschichten irgendwie berührt werden. Wohlgekehrt — wir selbst verstehen unter den „berechtigten Forderungen“ etwas anderes; wir sind der Meinung, die Gesetzgebung dürfe und müsse sich schon erlauben, die Vorrechte einzelner Kreise zu Gunsten der zahlreichsten Erwerbsklasse, der Arbeiter, zu beschneiden. Aber zu den Forderungen der Arbeiter, die man allseitig als berechtigt wird anerkennen müssen, gehört diejenige, wonach sie die von ihnen und auf ihre eigenen Kosten geschaffenen Wohlfahrts-Einrichtungen selbstständig und ohne behördliche Vormundschaft verwalten wollen. Die Frage wird eine andere, sobald der Staat Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter schafft; dann kann man darüber streiten, wie weit die staatliche Kontrolle gehen soll. Aber bei den aus eigener Initiative der Arbeiter entstandenen Einrichtungen ist dies ausgeschlossen.

Die Behörden freilich scheinen von ganz anderen Gesichtspunkten auszugehen und es scheint, als ob für sie der Begriff der „berechtigten Forderungen“ fast ganz illusorisch sei. Schon seit längerer Zeit sieht man, wie einzelne Behörden mit rauher Hand in die selbstständig gebildeten Wohlfahrts-Einrichtungen der Arbeiter hineingreifen. Die Fachvereine waren oder sind solche Einrichtungen; sie haben lediglich den Zweck, in die Erwerbsverhältnisse des Arbeiters, soweit dies auf solchem Wege möglich, einzugreifen und zu seinen Gunsten zu wirken. Dessen ungeachtet versallen zahlreiche Fachvereine der Auflösung, denn man betrachtet sie als politische Verbindungen, weil sie sich mit Fragen beschäftigen, die mit der Gesetzgebung zusammenhängen. Ja, wenn die Fachvereine sich etwa nur mit der Spektral-Analyse oder mit den Mondbergen beschäftigen sollen, dann haben sie für die Arbeiter keinen

Zweck. Man behauptet gewöhnlich, die Fachvereine seien Pflanzschulen der Sozialdemokratie. Das ist insofern unrichtig, als in diesen Vereinen eben nur fachgewerbliche Interessen vertreten werden können. Daß sich viele Sozialdemokraten in diesen Fachvereinen befinden, ist gewiß, aber sie befinden sich eben heute ziemlich überall, nur in den Kirchen und an den Höfen nicht. Wenn man es mit den Fachvereinen so streng nimmt, warum nicht auch z. B. mit dem Theater? Dort treffen sich auch Sozialdemokraten und die Städte jeglicher Art, alte und neue, liefern gewiß manche Belege zu Gunsten der sozialistischen Bewegung.

Wenn man nun sagt, die Behörde müsse auf die Fachvereine ein wachsame Auge haben, weil diese Vereine eine gewisse Agitation betreiben, so kann man dagegen fragen: Wie kommt es denn, daß man Arbeiterverbindungen, welche gar keine Agitation und Diskussion betreiben, sondern lediglich Unterstützungszwecke verfolgen, allerlei Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg legt, so daß es den Anschein hat, als möchte man sie am liebsten ganz beseitigen? Mit Recht hat die Behandlung, welche dem deutschen Buchdrucker-Verband mit seiner Zentral-Invalidenkasse widerfahren ist, in Deutschland großes Aufsehen erregt. So lange diese Kasse ihren Sitz in Stuttgart hatte, wurden ihr in Preußen eine Menge Schwierigkeiten gemacht und man entschloß sich, um diese zu beseitigen, den Sitz der Kasse nach Hannover zu verlegen. Dies wird nun nicht mehr möglich sein, denn die Behörde hat es rundweg und ohne Angabe von Gründen abgelehnt, diese Kasse zuzulassen.

Man fragt sich überall nach der Veranlassung eines solchen Vorgehens.

Diese Zentral-Invalidenkasse war der Stolz und die Hoffnung der an derselben beteiligten Buchdrucker-Gehilfen. Für einen viel geringeren Beitrag, als die Reichs-Altersversicherung vorschreibt, erhielten die Mitglieder eine Altersrente von 1 Mark pro Tag. Die sozialpolitischen Herren Geheimräthe würden gut thun, einmal erst zu zeigen, ob sie eine solche Altersversicherung zu organisieren im Stande sind. Will man vielleicht der kommenden Reichs-Altersversicherung mit der Rente von 33 Pfennigen vom siebenzigsten Jahre an keine „moralische“ Konkurrenz machen lassen?

Von einer Invalidenkasse kann man sicherlich nicht sagen, daß sie politischen oder sonst irgendwie verdächtige Bestrebungen Vorschub leistet. Aber es scheint, als habe eine neue Anschauung Platz gegriffen, die dahin geht, daß Selbstständigkeit und Selbstthätigkeit in öffentlichen Angelegenheiten den Arbeitern nicht zulomme; es scheint, als seien auch die „berechtigten Forderungen“ aus dem Repertoire gewisser Kreise gestrichen worden.

Aus einem solchen Vorgehen kann keine heilsame Wirkung erwachsen. Was sollen die Arbeiter denken, die seit langen Jahren ihre Beiträge an die Invalidenkasse bezahlt haben und froh waren, im Alter einigermaßen versorgt zu sein? Nun sehen sie sich dieses Trostes beraubt in einer Zeit wie die gegenwärtige, die für den Arbeiter ohnehin schwer genug ist!

Die Behörden haben es verschmäht, Gründe für ein solches Vorgehen anzugeben. Nun, sie brauchen das auch nicht zu thun; wir kennen die eigentlichen Gründe schon.

Es gibt eben Leute, welche meinen, der Deutsche sei immer ein großes Kind, das eine Vormundschaft nothwendig habe. Man wird nicht erwarten wollen, wenn man anders sich in der Geschichte ein wenig umgesehen hat, daß eine solche „Erziehung“ gute Früchte tragen soll.

Das neue Sozialistengesetz.

Eine instruktive Zusammenstellung aller Verschärfungen, die der Entwurf des neuen Sozialistengesetzes enthält, bietet die „Freie Btg.“. Die Abänderungsanträge des Bundesrathes sind von dem Blatt nach ihrer Wichtigkeit geordnet und in Verbindung mit den bisherigen Bestimmungen des Gesetzes gebracht worden. Hierdurch wird eine klare Uebersicht über die geplanten Verschärfungen ermöglicht, und wir lassen deshalb zunächst diese Zusammenstellung hier folgen:

Der Entwurf eines neuen Sozialistengesetzes ist im Reichstage eingebracht worden. Das neue Sozialistengesetz soll bis zum 30. September 1893, also für 5 Jahre in Kraft bleiben. Die Verschärfungen gegen das bestehende Sozialistengesetz sind theils Erweiterungen des Reiches der strafbaren Handlungen, theils Verschärfungen der Strafbestimmungen.

Als neue Strafbestimmung ist zunächst hervorzuheben, daß die Bethätigung eines Deutschen an einer **Versammlung, welche außerhalb des Reichsgebietes zu dem Zwecke stattfindet, die im Sozialistengesetz unter Strafe gestellten Bestrebungen zu fördern, mit Gefängnißstrafe belegt werden soll.** Neben der Freiheitsstrafe kann auf Zulässigkeit der Entziehung der Staatsangehörigkeit erkannt werden. — Diese Bestimmung zielt gegen die bisher im Auslande abgehaltenen Parteitage der Sozialisten.

Sodann soll es künftig der strafbaren Verbreitung einer verbotenen sozialistischen Druckschrift gleich geachtet werden, wenn eine solche **Druckschrift in einem Verkauflokale, einer Schankwirtschaft oder in einem sonstigen, dem Zutritt des Publikums offen stehenden Ort zur Benutzung der daselbst Verweilenden ausgelegt oder bereit gehalten wird.** Man will damit diejenige Art der Verbreitung für strafbar erklären, deren bisherige Straflosigkeit „erfahrungsmäßig von der Agitation ausgebeutet zu werden pflegt.“

Drittens wird die **Minimalstrafe** gegen Personen, welche sich der Agitation für die nach dem Sozialistengesetz strafbaren Bestrebungen zum Geschäfte machen, im Falle einer

näherer Uebersetzung stand er doch davon ab. Der Lieutenant brauchte Geld, und solchen Leuten geht man eher aus dem Wege, als daß man sie auffucht.

Der junge Baron kümmerte sich indessen nicht weiter um seinen Begleiter, sondern schritt auf ihm allerdings wohlbelannten Pfaden zuerst eine schmale Gasse entlang, tauchte dann rechts in einen Durchgang und gerieth hier in ein Viertel der Stadt, das vorzugsweise Befenner der mosaischen Religion zu Inhabern zu haben schien. Da war Laden neben Laden, jeder einzeln aus einem kleinen, dunkeln Kästchen bestehend und mit Waaren vollgestopft, die man sich nicht bunter hätte denken können. Da standen alte Bettladen vor der Thür, mit schauerlichen, nicht gemalten Lithographien darüber; da hingen verrostete Flinten und zerbrochene Pulverhörner, alte, getragene Kleider und Stiefel; da standen Porzellan und Steingut friedlich neben eisernen Kochtöpfen und Stupuhren, da lagen Messer und Gabeln, Terzerole, Kämme, Dofenträger und Gott weiß was Alles bei einander, und in den kleinen, wohl kaum je gepußten Fenstern prangten zerhackte Blumen, die vielleicht einst ein bildhübsches Mädchen zuerst beim Lauge getragen, unechter Schmuck, Halsketten mit Halbmonden und Kreuzen, und dazwischen war gewöhnlich eine Tafel von Pappe angebracht, auf welcher schreckbar aussehende, vergilbte, zerbrochene Zigarren verstanden sollten, daß auch dieser Geschäftszweig — und welcher nicht? — hier vertreten wäre.

Gleich daneben war ein Fleischerladen, nicht größer und nicht reinlicher oder heller als die Kumpelbuden, mit kleinen Papieren auf das Fleisch geheftet, auf welchen hebräische Zeichen standen. Auch die Aushängeschilder waren in dieser wie in deutscher Sprache, und entlich schmutzige Kinder balgten sich auf der Gasse herum, oder wurden von genau solchen Müttern aus irgend einem in allen Regenbogenfarben schillernden Fenster des ersten Stocks zur Ordnung gerufen.

Der Baron durchschritt auch die enge Gasse mit einiger Vorsicht, besonders wenn sich irgendwo ein Fenster öffnete, denn er wußte aus Erfahrung, daß die Bewohner dieser Spelunken gerade nicht sehr wählerisch in den Gegen-

Feuilleton.

Der Erbe.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

„Ah, mein lieber Herr Baron, auch schon auf der Probenade, und wie ich sehe, sehr angenehm beschäftigt? Ja, mein lieber, junger Freund — na, ich gehe ein Stück mit Ihnen hier hinunter, denn ich habe doch nichts zu veräumen — mein junger Freund, was ich gleich sagen wollte in meiner Jugend habe ich es auch nicht besser gemacht, und ich war Ihnen ein verfluchter Kerl. Da lebte in Schwerin ein alter reicher Rauchwaarenhändler, ein steinreicher Burfch, sag' ich Ihnen, aber auch ein lomischer Kauz, eine Art von Sonderling, der hatte eine wunderhübsche Tochter, Rosine hieß sie — nein, warten Sie einmal, das war eine andere; Rosine war die Nichte vom Ober-Appellationsrath Breitnagel, mit der ich einmal verlobt sein sollte — die Tochter von dem Rauchwaarenhändler — Herr Gott, fällt mir jetzt der Name nicht mehr ein — na, wenn das wüßte, — aber es bleibt sich gleich, ich komme auch vielleicht noch darauf — aber es ist ärgerlich, wenn Einem ein Name fehlt, — man quält sich manchmal einen Tag damit herum, ja, dann Nachts nicht davor einschlafen. Dieser Tochter also, Fräulein Therese — Jesus ja, herese, wie ich das auch vergessen konnte! — machte ich amals furchtbar den Hof. Lieber Gott, ich war jung, sie war jung, und wenn sich ein paar junge Leute gern haben — warum nicht? Ja, das war ein wunderhübsches Mädchen, und ich hätte eine ganz gute Spekulation mit der heirath gemacht.“

„Und warum heiratheten Sie sie nicht?“ fragte von Benbelsheim, der nur mit halbem Ohr auf die Salbaderei achtete.

„Wie ich mir's noch überlegte,“ sagte der Rath, „war auf einmal mit einem Lieutenant verlobt, und noch dazu

mit einem weitläufigen Verwandten von mir, den ich dort selber eingeführt hatte.“

„Das war Pech,“ sagte der Baron; „aber, a propos, mein lieber Rath, Sie sagten mir doch einmal, daß Sie so etwas von einem Finanzmann wären?“

„Ei gewiß,“ rief Rath Frühbach rasch, „ich könnte Ihnen die Arbeiten zeigen.“

„Bitte, ist gar nicht nöthig; aber die Hauptaufgabe eines Finanzmannes wäre meiner Meinung nach die, lieber Rath, Geld in Zeit der Noth zu schaffen, nicht wahr?“

„Und das vorhandene zu verwalten,“ ergänzte der Rath.

„Während wir von dem letzteren Punkt vor der Hand absehen,“ fuhr der Lieutenant fort, „möchte ich Sie dann bitten, mir, gegen gute Interessen natürlich, bis heut Abend zweihundert Louisd'or zu schaffen.“

Rath Frühbach sah seinen Begleiter über die Brille an und lächelte. „Da fällt mir eine Geschichte ein,“ sagte er.

„Mein lieber, bester Rath,“ rief der junge Offizier, jetzt wahrlich nicht in der Stimmung, lange Geschichten anzuhören, „alle Ihre Erzählungen helfen mir gar nichts, wenn Sie nicht Geld schaffen können!“

„Aber sie erläutern den Fall.“

„Der Fall ist schon so klar wie Krystall; ich brauche zweihundert Louisd'or, um ein Pferd zu bezahlen. Haben Sie so viel?“

„Nöthig, ja, lieber Freund,“ erwiderte Frühbach, sich ausnahmsweise einmal kurz und bündig fassend, „aber nicht daar.“

„Und können Sie mir dieselben auch nicht verschaffen?“

„Ich wüßte nicht, wo.“

„Dann leben Sie recht wohl,“ nickte ihm der Lieutenant zu, indem er sich dabei ohne weitere Umstände von ihm frei machte und rechts ab in eine der Seitenstraßen bog. Rath Frühbach schien auch einen Moment nicht übel Lust zu haben, ihm zu folgen, denn gewöhnlich ließ er seine Schlachtopfer nicht so rasch wieder frei; aber bei

Verurteilung wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen über verbotene Vereine, verbotene Versammlung und verbotene Druckschriften auf zwei Jahre Gefängnis festgesetzt. Die bisherige Minimalstrafe beträgt 500 M. Geldbuße oder Gefängnis von 3 Monaten. „Der raffinierten Organisation berufsmäßiger Agitatoren“ bei der Verbreitung verbotener Druckschriften lasse sich nur mit Strafen solcher Strenge entgegenzutreten, wie es in der Motivierung heißt.

Der Schwerpunkt des Gesetzes besteht in der Maßregel der Expatrierung und Internierung. Bisher war eine Internierung nur zulässig im Falle der Verurteilung gegen Zuwiderhandlungen gegen Verbote von Versammlungen und Druckschriften bei Personen, welche sich die Agitation für die strafbaren sozialistischen Bestrebungen zum Geschäft machen. Es kann der Aufenthalt in dem bisherigen Wohnsitz solcher Personen nur dann untersagt werden, wenn sie den Wohnsitz nicht bereits seit 6 Monaten inne hatten. Diese Internierung soll künftig auch erfolgen können, wenn eine Verurteilung „auf Grund des § 129 des Strafgesetzbuchs“ erfolgt und festgestellt ist, daß der Verurteilte an einer Verbindung teilgenommen hat, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, die Vollziehung dieses Gesetzes oder auf die Ausführung desselben bezügliche Maßregeln der Verwaltung durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu erschweren.“ — Bekanntlich sind fast sämtliche sozialistischen Reichstagsabgeordnete wegen Zuwiderhandlung gegen den § 129 des Strafgesetzbuchs in der letzten Zeit nach einer neuen Auslegung des Reichsgerichts verurteilt worden. Dieselben würden also sämtlich in ihrem Aufenthalt beschränkt werden können, soweit sie nicht an ihrem Wohnsitz bereits sechs Monate sich befinden.

Die Hauptverschärfung in dem neuen Entwurf ist die Maßregel der Expatrierung, d. h. der Entziehung der Staatsangehörigkeit. Auf Entziehung der Staatsangehörigkeit kann erkannt werden: 1) wegen Zuwiderhandlung gegen den § 129 des Strafgesetzbuchs, betreffend strafbare Verbindungen; 2) bei Personen, welche sich die Agitation für strafbare sozialistische Bestrebungen zum Geschäft machen, wenn die Verurteilung wegen Verbreitung einer verbotenen Druckschrift oder wegen Beteiligung an einem verbotenen Verein als Mitstiftung erfolgt ist; endlich 3) auch bei der Verurteilung wegen Teilnahme an einer strafbaren sozialistischen Versammlung außerhalb des Bundesgebietes (siehe oben). — Wer, nachdem er in dieser Weise des Bundesgebietes verwiesen ist, ohne Erlaubnis in dasselbe zurückkehrt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

Erklärt das Gericht in den vorerwähnten Fällen die Entziehung der Staatsangehörigkeit für zulässig, so erhält dadurch die Zentralbehörde des Heimatsstaates des Verurteilten die Befugnis, den letzteren seiner Staatsangehörigkeit für verlustig zu erklären und aus dem Bundesgebiete auszuweisen. In demselben ist es der Zentralbehörde auch gestattet, die Internierung in diesem Falle zu verfügen. „Personen, welche nach den vorstehenden Vorschriften ihrer Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate verlustig erklärt worden sind, verlieren dieselbe auch in jedem anderen Bundesstaate und können ohne Genehmigung des Bundesrats in seinem Bundesstaate die Staatsangehörigkeit von neuem erwerben.“

Urtheile der Presse zu diesen Abänderungsanträgen liegen bereits in reicher Auswahl vor. Wir bringen zunächst die ablehnenden Urtheile liberaler Blätter und die charakteristische Meinung des höchsten Zentrumsorgans: Die „Freisinnige Zeitung“ selber sagt: „An Schärfe und Härte übertrifft Vorstehendes alles, was bisher über den Inhalt des neuen Sozialistengesetzes bekannt geworden ist.“

Der „Börse-Kourier“ bemerkt: „... Der Gesetzentwurf bietet insofern eine Ueberraschung, als er sowohl die Expatrierung als die Internierung vorschlägt. Noch in einem anderen Punkte sind die öffentlichen Erörterungen von Einfluß auf den Gesetzentwurf gewesen, in dem Punkte nämlich, daß man die Landesverweisung und die Internierung von einem Richter sprache teilweise abhängig gemacht hat. Außerdem enthält das neue Sozialistengesetz in Bezug auf das Strafausmaß ganz außerordentliche Verschärfungen und endlich verlangt es eine Geltungsdauer von fünf Jahren. Was die Verschärfung betrifft, so bezieht sie sich nicht bloß auf das Strafausmaß, sondern sie bezieht auch darin, daß sie neue Delikte schafft. Die Teilnahme an sozialdemokratischen Kongressen außerhalb des Reiches soll gleichfalls mit Gefängnis belegt werden. Es ist dies eine Neuerung, welche den Juristen einige Schwierigkeiten bereiten wird. Es soll hier in Deutschland unter Strafe gestellt werden, was jemand außerhalb Deutschlands thut und was dort, wo es geschieht, nicht strafbar ist. Es ist dies eine Neuerung in der Rechtspflege, welche für den Charakter des Ausnahmegesetzes überaus bezeichnend ist.“ — Von den Motiven, die dem Gesetzentwurf beigegeben sind, sagt dasselbe freisinnige Blatt: „... In der Begründung ist auch nicht mit einer Silbe ausgesprochen, weshalb das Sozialistengesetz in seiner verschärften Gestalt fünfjährige Geltung haben soll, während die bisherigen

ständen waren, die sie zuweilen von oben herab auf die Strafe schütteten. Er selber aber, obgleich ein Offizier in diese Umgebung allerdings nicht paßte, schien hier nicht die geringste Aufmerksamkeit zu erregen. Es war eben nichts so seltsames, daß sich sehr anständig gekleidete Herren, in Uniform wie in Zivil, in dieses Viertel verloren, und wenn sie auch nichts von den da aufgestellten Waaren gebrauchen konnten, wurde doch manches „Geschäft“ mit den Eigenthümern derselben abgemacht. Wer konnte diesen verwehren, daß sie auf Uhren oder sonstige Pretiosen Geld verborgten! Und Mancher, der sich scheute, offen in das städtische Leihhaus zu gehen, suchte dringenden Bedürfnissen hier ganz im Geheimen, wenn auch mit etwas größeren Opfern, abzuhelfen.

Das aber galt doch nur für kleine, unbedeutende Verlegenheiten, wenigstens für solche, die eine geringe Summe betrafen. Bruno von Wendelsheim brauchte aber mehr und konnte auch genau die Quells, zu der er gehen mußte. Und trotzdem ging er den Weg mit schwerem Herzen, denn gerade dem Manne gegenüber fühlte er sich unbehaglich, gerade diese Schwelle hätte er nicht mit einem Ansuchen um Geld mehr überschritten, wie er es früher so oft gethan, wenn ihm nur eben eine Wahl geblieben wäre; aber es half ihm nichts, er mußte.

Die enge Gasse hatte er jetzt durchschritten, in welcher das Proletariat dieser Bevölkerung zu leben schien. Hier kreuzte sie eine andere Straße, und sie nahm von da ab einen anderen Namen an und wurde breiter. Die Namen der Schilder gehörten allerdings noch ganz entschieden israelitischer Abkunft an; da gab es einen Dypenheimer und Hirsch, einen Goldmeier und Leon, einen Süß und Rosenstengel, aber die Läden wurden eleganter und die Häuser reinlicher und sahen wohllicher aus. Da waren Auschnittläden und Materialwaarenhandlungen, rechts stand eine Druckerei und gegenüber wohnte ein Geldwechsler, aber ein Geschäft betrieb jedes Haus, und die unteren Räume nahm bei allen ein oder das andere Verkaufslokal ein. Der junge Offizier schritt aber immer noch hindurch, bis er fast das Ende der Straße erreichte, und dort erst betrat er gleich darauf einen Laden, der wohl auch eine

Ausnahmegesetze immer nur auf einen Zeitraum von etwa dreißig Jahren bis drei Jahren erlassen worden sind. Eine solche Kleinigkeit hat man offenbar nicht besonderer Erwähnung und besonderer Begründung für werth gehalten. Aber auch im übrigen wird man erstaunt sein über die Dürftigkeit, mit welcher die schwere Verschärfung der Strafbestimmungen und die Einführung neuer Strafen begründet worden ist.“

Die „National-Zeitung“ sagt kurz und bündig nur folgendes: „Für die Forderung der fünfjährigen Verlängerung fehlt in diesen Ausführungen jede Motivierung. Der Inhalt aber bestätigt, was wir gegen den Vorschlag von Verschärfungen wiederholt dargelegt haben; daß es sich nur um neue Waffen für den politischen Kampf gegen die geheime Agitation handelt, welche durch keine Mittel zu unterdrücken ist, so daß man nicht bessere Erfolge in diesem Kampfe, sondern nur größere Erbitterung durch die neuen Maßregeln ernten würde.“

Aus der „Boschischen Zeitung“ heben wir die Schlusssätze hervor. Da heißt es: „Daß die Entziehung der Reichsangehörigkeit, die ja gleichbedeutend mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten ist, die Sozialdemokratie aus dem Reichstage und den Landtagen verdrängt, ihr also den letzten Rest kontrollirbarer Thätigkeit nehmen will, ist überall bald erkannt worden. Man braucht aber kein Politiker und kein Humanist des 19. Jahrhunderts zu sein, man braucht nur die Kulturvorstellungen früherer, selbst barbarischer Perioden zu kennen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß noch kein Staatswesen zu Ruhe und Sicherheit gebracht worden ist, indem man einen Theil seiner Angehörigen, vom Gesetz recht- und vaterlandslos gemacht, über die Grenzen treibt.“

Die ultramontane „Germ.“ aber urtheilt: „Autorität hat die Regierung nach zehnjährigem Fiasko auf diesem Gebiete gar keine mehr für ihre weiteren Vorschläge. Mit dem Sozialistengesetzentwurf vom Mai 1878 wollte sie binnen drei Jahren alles nöthige gegen die Sozialdemokratie erreichen, und sie forderte es sogar nur auf drei Jahre. Sie bewies damit, daß sie nicht kannte, was sie belämpfte, und das ist noch heute so, genau so, wie bei den deutschen Regierungen, die vor 1848 die „Demagogen“ mit Ausnahmeregelungen belämpften, um dadurch nur das Wort des großen Görres wahr zu machen: „Die Furcht vor der Revolution wird uns die Revolution bringen.“ Es wird jetzt genau eben so werden, je länger wir das Sozialistengesetz aufrecht erhalten und sogar verschärfen: je weniger rasch und gründlich wir, zum Theil infolge der einschläfernden Wirkung der äußeren Ruhe vor den Sozialisten, die berechtigten Forderungen der Handarbeiter erfüllen, desto eher und schärfer wird unser Volk eine neue Revolution erleben, und zwar unter ganz anderen Bedingungen und Zielen derselben, als je bisher!“

Original-Korrespondenzen.

London, 14. Januar. Das neue Jahr verspricht ziemlich lebhaft zu werden. Die Landfrage ist als brennende Frage über denirischen Kanal herübergefrungen und hat ihre Faust auch auf England, Schottland und Wales gelegt. Ich sage: als brennende Frage, — ähnlich brennend wie sie in Irland seit Jahrzehnten brennt — denn an sich ist die Landfrage in England nicht neu, und Jeder, der die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß das Verlangen, das Land wieder in den Besitz des Volkes zu bringen, von den englischen Arbeitern, wo sich nur immer Gelegenheit bot, zum Ausdruck gebracht worden ist. Aber die Landfrage hatte bisher in England für die Tagespolitik nur eine sekundäre Bedeutung; sie kam erst in zweiter Linie und drängte nicht ungestüm auf Lösung.

In neuerer Zeit nun hat das Beispiel Irlands ansteckend gewirkt. Die Engländer, Schotten und Wälshen (Welshmen — Bewohner von Wales) haben gefunden, daß sie unter ebenso ungerechten Verhältnissen leiden wie die Irländer, und Wales ist mit einer Wälshen Landliga in das neue Jahr eingetreten und das selbste Schottland gar mit einer kleinen agrarischen Rebellion — dem Aufstande der Crofters, d. h. der ländlichen Landsassen der Insel Lewis. Es ist nicht die erste Rebellion dieser Art, und Menschenleben sind dabei nicht verloren gegangen, aber auch ein blinder Schuß kann gefährlich sein, wenn er in der Nähe eines Pulverfasses abgefeuert wird. Und die Landfrage ist in Großbritannien zu einem Pulverfaß geworden! Nicht daß ich an eine vergrößerte Auflage dieser kleinen Rebellion für die nächste Zukunft glaube. So weit sind wir noch nicht — das sagte ich schon früher einmal. Die Bedeutung der Sache liegt darin, daß die Bewegung, welche bisher wesentlich auf Irland beschränkt war, auch die übrigen Theile Großbritanniens ergriffen hat. Die irische Frage — das sagte ich schon früher — kann nur in England und durch die Engländer gelöst werden — die Irländer allein sind nicht stark genug. Und seit sie sich die Dynamithelden, deren Chef O'Donovan Rossa bekanntlich von den Fenieren zum Teufel gejagt wurde, weil er im Solde der — englischen Polizei stand — seit die Irländer sich diese

wunderliche Mischung von Dingen zeigte, aber sich nicht mit dem Abwurf des gewöhnlichen Lebens beschäftigte.

Es war ein großes Kreuzgewölbe, mit einem dicken steinernen Pfeiler in der Mitte, und sah allerdings so aus, als ob es weit eher zu dem Refektorium eines Klosters, als zu seiner jetzigen Bestimmung gepaßt hätte. Der Hintergrund blieb auch düster, obgleich ihm vorn zwei hohe Bogfenster Licht gaben. Der ganze Raum zeigte sich aber mit Dingen gefüllt, die der Umgebung allerdings entsprachen und fast sämtlich vergangene Jahrhunderten zugehörten und mußten. Da waren alte, wunderbar geformte und gemalte Vasen, mit Silber und Elfenbein eingelegte Kästen, riesige, echt beschlagene Trindhörner, kostbare, aber ebenfalls alterthümliche Waffen, chinesische und japanische Schnitzereien und Ladararbeiten, prachtvolle, aber schon angerauchte alte Meerschampfenköpfe, Bernsteinspitzen vom größten Umfange; dann Rüstungsstücke, mit Silber eingelegte Panzerhemden, Spazierstöcke mit mächtigen Amethysten oder anderen edlen Steinen als Knopf, Zehrbretter mit kostbaren Malereien, Labaktdosen mit in Brillanten eingelekten Namensschiffen und Kronen, Thee-Service in Nokolosform, kurz alles nur Erdenkliche, was in dieses Fach schlug und aus allen Theilen der Erde, von allen Völkern hier versammelt schien.

Der Baron kannte den Platz, und als er ihn erreicht, war es fast, als ob sein Fuß einen Moment zögerte. Aber was half ihm unschlüssiges Besinnen — da drinnen lag seine letzte Hoffnung, und es nützte ihm wahrlich nichts, den Entschluß nur hinaus zu schieben. Wenn er jetzt auch vorbeigezogen wäre, weiter oben hätte er doch umdrehen und hierher zurückkehren müssen. So denn, die Zähne fest zusammengebissen, schritt er auf die Thür zu, warf noch einen raschen Blick nach rechts und links hinüber, ob er nicht doch vielleicht zufällig jemand Bekanntes sähe, was ihm wahrscheinlich nicht lieb gewesen wäre, und trat dann schnell ein.

Der Laden war indeß nicht leer von Besuchern, wie er Anfangs geglaubt, denn der alte Mann, der Eigenthümer desselben, stand ziemlich im Hintergrund mit einer kleinen, korputentien und wunderbar gekleideten Gestalt.

Dynamithelden vom Hasse geschaffte haben, deren liberalen Schatzkammer. Die irische Frage — das sagte ich schon früher — kann nur in England und durch die Engländer gelöst werden — die Irländer allein sind nicht stark genug. Und seit sie sich die Dynamithelden, deren Chef O'Donovan Rossa bekanntlich von den Fenieren zum Teufel gejagt wurde, weil er im Solde der — englischen Polizei stand — seit die Irländer sich diese

Das Geschäft mußte aber beendet oder gar nicht begonnen werden, denn wie er jetzt entschlossen nach hinten schritt, nur noch, daß der alte Salomon sagte:

„Kein, lieber Freund, thut mir leid, mache ich ein Geschäft, aber nicht solche und mit unbekanntem Manne.“

Der Kleine flüsterte etwas dagegen; der Alte aber mit dem Kopf und fuhr fort: „Würde Sie mir nichts helfen; derlei Sachen kaufe ich nicht, ich mein Geschäft, als ich nur offen und ehrlich handeln will, reellen Waaren. Sollte mich aber gar nicht einfallen, wenn Sie in der Straße weiter unten einen kleinen Laden haben, ich mag nichts damit zu thun haben.“

Dem kleinen Mann schien die Gegenwart etwas nicht besonders angenehm. Der Baron merkte auch etwas in ein rothbaumwollenes Tuch einschlug unter den Arm nahm. Er erwiderte aber nichts und schied ab und glitt dann an dem Lieutenant, an dem halbscheuen Blick hinaufwarf, vorüber, der Thier Baron war es auch fast, als ob er ihn gegrüßt hätte, konnte aber auch vielleicht Verlegenheit oder allgütigkeit gewesen sein, und überdies fühlte er sich in der Stimmung, darauf zu achten oder den Lieutenant zu wider. Er sah sich nach dem Davonschleichenden von dem alten Händler fest im Auge behalten, die Thür hinter sich in's Schloß drückte, auch die Hand entgegen und sagte freundlich, als er gesehen:

„Nun, wie geht's, alter Freund — immer der Zeug?“

„Gott der Gerechte, der Herr Baron!“ sagte er mit einem eigenen, fast wehmüthigen Lächeln, die Hand aber nehmend und schüttelnd. „Haben Sie sich noch nicht geglaubt, daß Sie vergessen hätten, Salomon wohnt. Es muß ein Menschenalter sein, daß wir einander nicht gesehen haben.“

„Nun, so lange doch wohl nicht, Salomon hat mich schon halbes Jahr verlegen, ich dachte, es könnte Wochen sein.“

„Wie Sie Recht haben,“ sagte der Alte.

Politische Uebersicht.

Sie werden „springen“. Die Verlinger Sozialistengesetzes — so wird den nationalliberalen Nachrichten aus Berlin offiziös geschrieben — Reichstages in der von allen Theilen der Regierung Ueberzeugung vorgeschlagen, daß die Regierung nicht den nach ihrer Ansicht unzureichenden Mitteln die Lösung für die Erreichung der mit dem Gesetz verbundenen übernehmen kann. Eine Ablehnung der betreffenden würde den Reichstag mit dieser Verantwortung schwerlich über die Majorität ohne eine solche Verantwortung überlassen wollen, wenn die Regierung erklärt, daß sie sie tragen könne. Unter diesem Gesichtspunkt betrachte ich das Gesetz doch wohl im Reichstage noch anders behandelt werden, als dies bisher in den Blättern geschehen ist.“ — Damit ist allen denjenigen liberalen Organen, die wie die „Nat.-Btg.“ sich zu schärfungen ablehnend verhielten, das Signal zu zugegeben. Während Umstände werden denjenigen, die sich einige Klitterchen Liberalismus kühnen hatten, wohl noch bewilligt werden, haben wir doch in einem Worte, das sich vor dem: „Wir springen“ gehütet hat, den allerliebsten Say gelesen, man dem Theil der nationalliberalen Presse, der sich gegen Sozialistengesetz erklärt hat, nicht den Eindruck, diese Organe sich der Folgen ihrer Handlungsweise thätig bewußt wären.“ — des Ueberwunden, eine hübsche Bereicherung des Wortschatzes und zugleich eine ganz fähigkeit, namentlich hier, wo sie unter Anwendung wird, die einander ja richtig schämen müßten, das aber jetzt ein Gedränge nach dem Dinterthüren um aus der unbequemen Oppositionsstellung heraus zu kommen. Die „Nat.-Btg.“, die voran an auf dem Sozialistengesetz geworfen sind, haben den Ausweg schon entdeckt, und unbeschadet unseres Eintretens für die Verlingerung in der bisherigen Form und auf die übliche Frist und den ein allmählichen Rückkehr zum gemeinen Rechte und betont, daß alles weitere auf die Erklärungen der Regierung und deren Ueberzeugungskraft ankommen werden. Ueberzeugungskraft hat es den Reden des Fürsten der Nationalliberalen noch nie gefehlt; diese Kraft, daß die Herren „unbeschadet“ ihrer gegenwärtigen Lage eine patriotische Tugend darin finden, zu „springen“ etwas ängstlich in den Reihen der nationalliberalen und sie hat die Freude zu finden, daß jetzt die „Pfälzische Presse“, das einflussreichste Organ der Pfalz, gegen die Erstreckung des Sozialistengesetzes auf eine längere neue Frist, als bisher gegen die Verschärfung desselben und für die Rückkehr zum allgemeinen Recht gegenüber der Sozialisten sich erklärt habe.“ — Die „Nat.-Btg.“ scheint zu

drinnen Fingern. Aber das Gedächtniß wird etwa, wo man mir zu machen, seitdem geworden. „Und nicht.“ „Dante nicht ein w Liebe Gott se in ein Köschen Leben lassen Leibend gewesen haben ja ma Kind, aber n — möge sie

Uebersicht

Handreich auf so gab es doch die größte D den Bindar Spielen fünf Frauen em die Gefes und Verilles. Schon damals hatte großen unter Todesstr aufzuweisen. N Nerzten sich r besonders ur tief zu Perze bringen zu id aus und wurde ruckbar urtheile man

Das Geschäft mußte aber beendet oder gar nicht begonnen werden, denn wie er jetzt entschlossen nach hinten schritt, nur noch, daß der alte Salomon sagte:

„Kein, lieber Freund, thut mir leid, mache ich ein Geschäft, aber nicht solche und mit unbekanntem Manne.“

Der Kleine flüsterte etwas dagegen; der Alte aber mit dem Kopf und fuhr fort: „Würde Sie mir nichts helfen; derlei Sachen kaufe ich nicht, ich mein Geschäft, als ich nur offen und ehrlich handeln will, reellen Waaren. Sollte mich aber gar nicht einfallen, wenn Sie in der Straße weiter unten einen kleinen Laden haben, ich mag nichts damit zu thun haben.“

Dem kleinen Mann schien die Gegenwart etwas nicht besonders angenehm. Der Baron merkte auch etwas in ein rothbaumwollenes Tuch einschlug unter den Arm nahm. Er erwiderte aber nichts und schied ab und glitt dann an dem Lieutenant, an dem halbscheuen Blick hinaufwarf, vorüber, der Thier Baron war es auch fast, als ob er ihn gegrüßt hätte, konnte aber auch vielleicht Verlegenheit oder allgütigkeit gewesen sein, und überdies fühlte er sich in der Stimmung, darauf zu achten oder den Lieutenant zu wider. Er sah sich nach dem Davonschleichenden von dem alten Händler fest im Auge behalten, die Thür hinter sich in's Schloß drückte, auch die Hand entgegen und sagte freundlich, als er gesehen:

„Nun, wie geht's, alter Freund — immer der Zeug?“

„Gott der Gerechte, der Herr Baron!“ sagte er mit einem eigenen, fast wehmüthigen Lächeln, die Hand aber nehmend und schüttelnd. „Haben Sie sich noch nicht geglaubt, daß Sie vergessen hätten, Salomon wohnt. Es muß ein Menschenalter sein, daß wir einander nicht gesehen haben.“

„Nun, so lange doch wohl nicht, Salomon hat mich schon halbes Jahr verlegen, ich dachte, es könnte Wochen sein.“

„Wie Sie Recht haben,“ sagte der Alte.

Die Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion für ihre liberalen Schranken nicht zu haben sein wird.

Expatriation und Wahlbeteiligung der Sozialisten. Die „Freie Btg.“ theilt folgendes mit: „Am Zürcher Sozialdemokrat“ war bekanntlich für den Fall der Verschärfung des Sozialistengesetzes durch die Maßregel der Expatriation die Enthaltung der Wahl vorgeschlagen worden. Hiergegen erklärt die eine neuere Aufsicht in dem „Sozialdemokrat“. Einseiner zweifelt die Annahme der Maßnahme der Expatriation im Reichstag. Wenn dieselbe aber beschlossen würde, würde sich bald herausstellen, daß die Abgeordneten im Auslande dem Regierungssystem mindestens ebenso gefährlich werden würden. Die Stimme der Verbannten hat nach zu allen Zeiten den Verbannten schwer zu schaffen gemacht. „Ob die Expatriation angenommen wird oder nicht, die Partei wird bleiben, was sie bisher war. Wir werden wählen, weil das Wählen nach wie vor die wirksamste Agitations- und Kampfmittel sein wird, die die Partei wird auch nicht radikal werden als sie ist, denn sie kann nicht. Oder, zu welchen Handlungen, welche man von einer radikalsten Partei fordern kann, wäre denn unsere Partei nicht entschlossen? Wenn durch Expatriation die Abgeordneten außer Landes gebracht würden, so würden die leeren Sitze im Reichstage eine Sprache reden so laut und vernünftig, wie die glänzendsten Redner der Partei sie nicht zu reden vermöchten.“

Die bayerischen Reservatrechte und die Expatriation. Das „Freie Blatt“ bestätigt von wohlunterrichteter Seite die Ausführungen des Münchener Korrespondenten der „Frankf. Btg.“ über die Auffassung des Expatriationsparagrafen im Sozialistengesetz seitens der bayerischen Zentrumskreise und fügt bei: „Das bayerische Heimathgesetz, welches ein wichtiges Reservatrecht bildet, läßt eine Ausdehnung nicht zu. Ohne Zustimmung des Landtages kann dieses Reservatrecht nun und nimmer aufgehoben werden. Daß sich aber der bayerische Landtag und vor allem das Zentrum mit aller Macht gegen die Preisgebung dieses Reservatrechts stemmen würde, das können wir nach den uns gewordenen Informationen mit Bestimmtheit versichern; ebenso ist es über jeden Zweifel haben, daß das Reichstagszentrum gegen eine Verschärfung des Sozialistengesetzes eintreten wird.“

Der Magistrat von Nürnberg hat eine Versammlung, welche am Sonnabend in der Vorstadt Wöhrd stattfand, auf Grund des Sozialistengesetzes verboten und zwar mit folgender interessanter Begründung: Die Versammlung sollte vorwiegend dazu dienen, gegen einen auf Veränderung und Verschärfung des Sozialistengesetzes gerichteten Gesekentwurf, der Zeitungsnachrichten zufolge dem Reichstag vorgelegt werden soll, Stimmung zu machen. Dies sei zwar an sich nichts Ungewöhnliches, die sozialdemokratischen Redner sprachen über, wie dies die Vorgänge in der Versammlung am 11. ds. beweisen, wenn auch verblümt, davon, daß die sozialdemokratische Partei nach Einführung des verschärften Sozialistengesetzes von dem Wege friedlicher Reform abgedrängt und auf den Weg der Gewalt verwiesen würde; überhaupt forderten die Redner bei Erörterung dieser Angelegenheit zwar scheinbar (?) zur Mäßigung auf, aber in einer Weise, daß die Arbeiter dabei notwendig in eine hochgradig gereizte Stimmung versetzt werden.

Unsere Heblblätter suchen jetzt das Mitgefühl, welches die Krantheit des Kronprinzen in den weitesten Kreisen erweckt hat, für ihre unfauberen Zwecke auszunutzen und schreiben: Die französische Presse gefällt sich darin, die alarmirenden und rohesten Notizen bezüglich des Kronprinzen zu veröffentlichen. Diese Behauptung, welche das öffentliche Gefühl gegen die Franzosen aufreizen soll, ist ganz aus der Luft gegriffen. Die französische Presse behandelt umgekehrt das Leiden des Kronprinzen mit einer sehr sympathischen Parteilichkeit, die von der unglücklich rohen Haltung gewisser — und nicht obflurer — deutscher Blätter sehr vorthellhaft absteht. Aus dieser rohen Haltung hat man in Frankreich sogar vielfach den Schluß gezogen, in Deutschland spielten sich große Intriquen ab, deren Opfer der Kronprinz sei.

Zur Machtstärkung der Geistlichen, wie die gouv. mentale „Schles. Btg.“ unbefangenen ausplaudert, werde die Erhöhung der Pfarrgehälter, wie sie die Thronrede vom preussischen Landtag fordert, aus der Staatskasse dienen. Der Geistliche könne „den moralischen Einfluß, den er in unserer Zeit mehr denn je zu üben berufen ist, nur dann in gebührender Weise ausüben, wenn er von der Freigebigkeit seiner Pfarsländer unabhängig ist.“

Die Preissteigerung des Brotes. Der erhöhte Getreidezoll macht sich bemerkbar, so schreibt die „Barmer Zeitung“: Von den Barmer Bäckern ist der Kundtschaft aufs Neue eine Steigerung von 4 Pf. für das 7 pfündige Schwarzbrot angekündigt mit der tröstlichen Versicherung, „daß es hierbei nicht sein Bewenden haben, sondern noch eine weitere Preissteigerung stattfinden wird.“ Für eine Familie, welche wöchentlich 4 bis 5 Brote gebraucht, bedeutet dieser Aufschlag eine jährliche Belastung von ca. 10 M., um welchen Betrag der Brotkorb höher gehängt werden muß, resp. die Schnitten dünner ausfallen müssen! So zeigen sich die Segnungen für die arme nothleidende Landwirtschaft!! Der Konsument muß dafür zahlen!

Änderungen in der Urtheilspublikation. Es ist

ritten Finger der linken Hand vor die Stirn klopfend. „Aber das Gedächtniß wird schwach, Herr Baron, das Gedächtniß wird schwach.“ „S ist ja wahr, vor vier Wochen etwa, wo Sie mir die Ehre gaben, ein kleines Geschäft mit mir zu machen. Gott der Gerechte, wie schlecht die Zeiten seitdem geworden sind!“

„Und wie geht es Ihrer Fräulein Tochter?“ „Danke der Nachfrage, Herr Baron — aber wollen Sie nicht ein wenig Platz nehmen bei einem alten Manne — liebe Gott sei gepriesen, recht gut geht's ihr! Sie blüht wie ein Röschen im Ros, und der Herr hat mich Freude erleben lassen an dem Kind; nur in der letzten Zeit ist sie leidend gewesen. Hat ihr nichts gefehlt im Körper, ist sie bloß gewesen schwermüthig und betrübt, wie junge Mädchen haben ja manchmal die Laune. Es ist ein gutes, liebes Kind, aber mit viel Gefühl, zu viel Gefühl für Unsereinen — möge sie mir noch lange erhalten bleiben.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Weibliche Aerzte im Alterthum. So wenig Verdienst auch das Alterthum für die Würde der Frau hatte, so gab es doch damals schon hochbegabte Frauen. Sappho war die größte Dichterin des begabten Griechenvolkes. Nixis hat den Pindar gelehrt, und Corinna trug bei den olympischen Spielen fünfmal den Preis davon. Die hohe Begabung dieser Frauen ermöglichte es ihnen, die Schranken zu durchbrechen, die Gesetz und Sitte ihrem Drang entgegenstellten. Sokrates und Perikles haben die Belehrungen von der Aspasia empfangen. Schon damals gab es weibliche Aerzte. Alkmeon aus Theben hatte großen Ruf, und Agnodice aus Athen heilte Krankheiten unter Todesgefahr. Zu dieser Zeit war es den Frauen in Athen bei Todesstrafe verboten, Medizin und Chirurgie zu studiren und auszuüben. Viele Frauen aber wollten aus Scham den männlichen Aerzten sich nicht anvertrauen. So hielt der Tod reiche Entschlossenheit unter den Weibern. Das ging der Agnodice tief zu Herzen, sie setzte ihr Leben ein, um den Frauen Hilfe bringen zu können. In männlicher Tracht übte sie ihren Beruf aus und wurde den Kranken ein Retter. Aber ihr Geschlecht wurde rüchbar, und auf Grund des bestehenden Gesetzes verurtheilte man sie zum Tode. Die Frauen Athens wollten aber

vielfach Klage darüber erhoben worden, daß bei der Publikation von Urtheilen von dem Prädikat „b. straff.“ ein zu ausgiebiger Gebrauch gemacht wird, ohne daß dabei bemerkt wird, auf Grund welcher Vergehen resp. Verbrechen eine Vorbestrafung erfolgt ist. Sowohl der ärztlich-soziale „Reichsbote“ als die „Freisinnige Zeitung“ haben darüber Beschwerde geführt, daß ihre Redakteure ganz ebenso wie gemeine Verbrecher als „b. straff.“ in publizirten Gerichtsurtheilen figuriren, obgleich ihre frühere Bestrafung lediglich auf Grund von Vergehen erfolgt ist. Es darf wohl zum großen Theil auf diese berechtigten Beschwerden zurückgeführt werden, daß der Justizminister jetzt eine Verfügung erlassen hat, wonach bei allen Verurtheilungen wegen eines Verbrechens oder Vergehens zwar die Personalien des Verurtheilten, soweit sie zur Feststellung der Identität des Verurtheilten erforderlich sind, in die Urtheilsformel bezw. in den entscheidenden Theil des Erkenntnisses aufzunehmen sind, daß aber die Angabe der Vorbestrafungen des Verurtheilten bezw. die Angabe, daß derselbe nicht vorbestraft ist, nicht in den Tenor des Urtheils aufzunehmen sei. Es wird durch die Weglassung der Vorbestrafungen u. a. in den Fällen, in denen eine öffentliche Bekanntmachung des Urtheils tenors stattfindet, die anstößige Folge vermieden werden, daß zugleich auch die Angaben über die früheren Verurtheilungen des Verurtheilten zur Veröffentlichung gelangen. Ferner werden die Gerichte noch darauf aufmerksam gemacht, daß in den Fällen, in denen einem Verletzten die Befugniß der öffentlichen Bekanntmachung des Urtheils tenors zugesprochen wird, in dem letzteren der Name des Verletzten genannt werden muß, weil diesem durch die Veröffentlichung eine öffentliche Genugthuung gegeben werden soll.

Aus Sachsen, 15. Januar, schreibt man der „Bosf. Btg.“: Die unlängst stattgehabte Landtagsberatung über den Etat der Domänen und Intraden gab dem Abg. Stolle Veranlassung, darauf aufmerksam zu machen, daß auch nach den diesmaligen Voranschlägen ein Bruttoertrag von 77,50 M. für den Etat in den Etat eingestellt sei, und daß somit die Rothlage der Landwirtschaft wohl kaum so groß sein könne, wie sie in der Regel seitens der Herren Agrarier geschildert wird. Dem gegenüber wies der Finanzminister von Könniger darauf hin, daß von dieser Bruttoertragszahl noch die Unterhaltungskosten der Gebäude und die gesammelten Abgaben in Abzug zu bringen seien, während ein konservativer Abgeordneter hervorhob, daß die Erträge der sächsischen Kammergüter wohl kaum so hoch sein würden, wenn nicht mit einzelnen auch industrielle Etablissements, wie Brauereien und Ziegeleien, verbunden wären. Diese Einwände berechtigten aber die Landwirtschaft noch keineswegs, von einer andauernd zunehmenden Rothlage der Landwirtschaft zu sprechen, denn jene industriellen Betriebe sind schon in früheren Jahren mit den Kammergütern verbunden gewesen. Der Reinertrag ist aber auf den Deltor von 63,74 M. im Jahre 1881, auf 64,99 M. im Jahre 1883 und 71,75 M. im Jahre 1885 angewachsen, und derselbe wird aller Voraussicht nach auch in der kommenden Finanzperiode den Nettoertrag des Jahres 1883 noch wesentlich übersteigen. — In den Dresdener Vororten haben die Sozialdemokraten bei den in den letzten Wochen stattgehabten Gemeinderathswahlen verschiedene Siege zu verzeichnen gehabt. Nachdem dieselben schon früher in Striesen, Lößnitz und Cotta in den Gemeinderathskollegien vertreten waren, ist es ihnen diesmal auch in Loschwitz und Köhlschütz geglückt, einzelnen ihrer Anhänger zum Siege zu verhelfen. Auch in das Stollberger Stadtverordneten-Kollegium haben mit Anfang dieses Jahres mehrere Sozialdemokraten ihren Einzug gehalten. — In Freiberg werden jetzt in Arbeitstreffen Sammlungen zur Errichtung resp. Erweiterung eines Arbeiter-Versammlungslokals veranstaltet, da neuerdings sämtliche Wirthe die Hergabe ihrer Lokale zu Arbeiterversammlungen entschieden verweigerten.

Königsberg. Wegen die nach kurzem Verleihen bereits mit Ende September v. J. eingegangene sozialistische „Königsberger Volkszeitung“ wurde jüngst ein Prozeß wegen Verleumdung und anderer Beleidigungen verhandelt. In zwei Fällen, wo der Kreisauschuß und die Kriminalpolizei beleidigt sein sollten, war der Strafentwurf auf Bitten des als verantwortlicher Redakteur zeichnenden Schriftsetzers Donelt zurückgenommen worden. Letzterer war auch der Verleumdung angeklagt, welche in einem die Ordensverleihungen aus Anlaß des vorjährigen Kaisermandats betreffenden Artikel enthalten war. Der Gerichtshof fand in dem Artikel eine „brutale Herabwürdigung eines Majestätsrechts der Krone“ und erkannte deshalb gegen Donelt auf 6 Monate Gefängniß, wegen der Beleidigungen auf 14 Tage Gefängniß. Gegen den Verleger der Zeitung, Kaufmann Gollong, wurde wegen Verstoßes gegen das Preßgesetz (Zulassung eines vorgeschobenen Redakteurs) auf 100 M. Geldstrafe erkannt.

Bei der Landtagswahl in Weimar sollen sich nach einer Meldung nationalliberaler Wähler die Sozialdemokraten theilhaftig haben. (?) Nach derselben Quelle erhielt der sozialdemokratische Kandidat von 25 Wahlmännerstimmen 4. Gewählt wurde ein nationalliberaler Kommerzienrath, der Dollstedt heißt.

lieber mit Agnodice sterben, als letztere opfern lassen. Zur Zeit des griechischen Kaiserreichs widmeten sich viele Frauen der Medizin. Die reiche Makedone entfiel dem ehelichen Leben, warf sich mit ihrer ganzen Kraft auf das Studium der Medizin und übte dann die Heilkunde aus. Sie wurde dann der Liebling des Volkes. Auch das Mittelalter kannte schon berühmte weibliche Aerzte. Elisabetha Lawrence, 1644 in England geboren, that sich glänzend hervor. Derselbe letzte die ersten Männer der Wissenschaft in Staunen über ihre präzis, scharfsinnige Darlegung der schwierigsten Fälle der Medizin. Trotz ihrer umfassenden Kenntnisse und ihrer außerordentlichen Geschäftlichkeit besah sie das größte Mißtrauen in ihre Kunst. Ihre glücklichen Kuren erwarben ihr jedoch ungeheuren Ruf. Justine Dietrichin aus Schlesien übte schon frühe den Beruf einer Geburtshelferin aus. Christine Leporin praktizirte mit großem Erfolg als Arzt in Lueblinburg. Eine Sibold erwarb sich 1816 den Doktorhut. Eine Marie Sibilla Maxon aus Frankfurt a. M. hat sich als Naturforscherin Berühmtheit erworben. Während man in der alten Welt die Frau als Arzt völlig zu verdrängen suchte, schlug man in der neuen Welt den umgekehrten Weg ein. Gegenwärtig praktiziren in den verschiedenen Staaten der Union mehr als 300 weibliche Aerzte mit unbestreitbarem Erfolge. Elisabetha Blackwell ist der weibliche Pionier, der diese Bahn für das weibliche Geschlecht aufgethan und damit der menschlichen Gesellschaft eine unermeßliche Wohlthat erwiesen hat. Sie studirte auf der Universität Genf im Staate New-York und gründete 1860 eine medizinische Schule für Frauen. Im Jahre 1868 feierten 300 weibliche Aerzte das 18. Stiftungsfest der Medizinischen Schule, und bei diesem Anlasse wurden 14 Damen zu Doktoren ernannt.

Magnesiumlicht. Die billige Herstellung des Magnesiumlichtes mittelst Elektrolyse hat es ermöglicht, erstlich an die technische Verwendung dieses Metalls für Beleuchtungszwecke zu denken und dahinzielende praktische Versuche anzustellen. — Mit dieser Bemerkung leitet das „Journal für Gasbeleuchtung und Wasserversorgung“ die folgenden Mittheilungen ein: — Der Preis des Magnesiumbundes, wie solcher für die Lichterzeugung in den betreffenden lampenartigen Apparaten verwendet wird, beträgt gegenwärtig etwa 40 M. für das Kilogramm und bei größerem Verbrauch ist eine billigere Herstellung außer Zweifel. Nach den Messungen von L. Heim liefert eine Lichtstärke von 950 Normalkerzen, welche durch Verwendung passender Reflektoren noch um das Zwanzigfache, also etwa auf

Elässisches. Ein offizieller Berichtslatter der „Neuer Btg.“ meldet aus Straßburg, daß im deutschen Sprachgebiete das Erscheinen in ausschließlich französischer Sprache bald seiner Zeit mehr werden gestattet werden; dies gelte sicher vom Mühlhauser „Expres“. Zweifelhaft sei noch, ob dem „Niederh. Kur.“ und den Kolmarer Affiches die Befugniß eines französischen Textes fernerhin gestattet werden wird. Selbst den Zeitchriften werde das Erscheinen in ausschließlich französischer Sprache wahrscheinlich nicht lange mehr gestattet werden. Auf das französisch sprechende Wesilothringen sollen sich diese Angaben nicht beziehen.

Großbritannien.

Der im Gefängniß von Tullamore sitzende Wilfrid Blunt hat „Freeman's Journ.“ zufolge, die erstauflage Anklage gegen den irischen Obersekretär Balfour erhoben, derselbe habe in einer im September mit Blunt gepflogenen Unterredung sich dahin geäußert, er wolle die irische Frage einfach dadurch lösen, daß er sechs körperlich schwache Hauptführer der Irländer ins Gefängniß werfen und so behandeln lasse, daß sie eine sechsmonatliche Haft nicht überleben würden. Als Balfour auf den betreffenden Artikel aufmerksam gemacht wurde, erwiderte er, daß die Behauptungen lächerliche Lügen seien und er nicht einmal glaube, daß sie von Blunt stammten. In den letzten Tagen hat dieser, der sich bisher der Gefängnißdisziplin gefügt hatte, das Beispiel O'Briens nachgeahmt und sich geweigert, die Sträfungsmaßregeln zu tragen. Da ihm sein Privatanzug genommen ist, so wandelte Blunt am Sonnabend mit seiner wollenen Bettdecke angethan in seiner Zelle auf und ab.

Die Unbeschäftigten der Londoner Vorstädte Greenwich und Deptford hielten eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung ab. Einer der Redner sagte, das Elend in dem Distrikte sei jetzt so groß, daß Menschen von Herz es nicht mehr anschauen könnten. Drei Fälle von buchstäblichem Hungertod seien schon vorgekommen. Das Arbeitshaus sei schon längst voll. Dauerten die Dinge noch viel länger in dieser Weise fort, so müßten die Arbeitslosen die Ansicht Kardinal Manning's in Erwägung ziehen, nämlich daß Noth kein Gesetz kenne. Die sog. Wohlthätigkeitsgesellschaften seien eine Farce. Bekämen dieselben 40000 Pfd. Sterl. jährlich, so würden 20000 Pfd. Sterl. davon für Gehälter und laufende Ausgaben verwandt. Man solle in Massen vor das Arbeitshaus ziehen, dann würde das gegenwärtige System der Armenunterstützung bald abgeändert werden. Durch Bitten und Flehen erreiche man wenig. Wenn Brod oder Arbeit auf gefestlichem Wege nicht zu erlangen sei, so bleibe nichts übrig, als das Beispiel der Crofters (!) nachzuahmen.

Frankreich.

Deputirtenkammer. Lamazelle begründete die bereits angekündigte Interpellation über das Verhalten des Pariser Gemeinderaths während der jüngsten Präsidentschaftskrisis und verlangte, daß die Regierung das Gesetz gegen den Municipalrath von Paris ebenso zur Anwendung bringe wie gegen jeden anderen. Die Regierung könne auf die Unterstützung der Kammer rechnen, denn es handle sich hier um die Unabhängigkeit und die Freiheit des Parlaments, welche durch revolutionäre Gewalten bedroht werden können. (Widerspruch seitens der Linken.) — Der Minister des Innern, Sarrien, erkannte in Beantwortung der Interpellation an, daß der Municipalrath allerdings alsooft den Charakter seiner Befugnisse vergessen habe, indem er versuchte, auf die Beratungen des Parlaments einen Druck auszuüben. Unrichtig sei es jedoch, daß er eine Insurrektion vorbereitet habe. Die Majorität des Municipalrathes habe niemals ernstlich daran gedacht, die Kommune wieder herzustellen zu wollen. Die Regierung werde niemals das Gesetz durch irgend Jemand verlegen lassen und werde von ihrem Rechte Gebrauch machen, dem Präfecten des Seine-Departements seine Wohnung im Hotel de ville anzuweisen, was für die Handhabung des Dienstes notwendig sei. Die Regierung werde ferner bei der Kammer beantragen, aus dem von Goblet vorgelegten Gesekentwurf über die Organisation des Pariser Municipalrathes, den Artikel betreffend die Infallirung des Präfecten im Hotel de ville auszuscheiden, weil sie einen hierauf bezüglichen besonderen Gesekentwurf vorzulegen und in dringlicher Berathung zu erledigen beabsichtige. Eine Auflösung des Municipalrathes werde die Regierung nicht verlangen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte der Minister Sarrien, die früheren Ministerien hätten nicht geglaubt die vorliegende Frage entscheiden zu sollen. Waldeck-Rousseau führte verschiedene Umstände an, in denen frühere Ministerien die Präntentionen des Pariser Municipalrathes zurückgewiesen hätten und erinnerte daran, daß sich der Staatsrath für die Infallirung des Seinepräfecten im Hotel de ville ausgesprochen hätte; es sei also kein Zweifel mehr möglich, daß die Regierung dem Präfecten ohne vorherige Anfrage bei der Kammer im Stadthause Wohnung anweisen könne. Die Gesetze veralteten nicht, sie verlorren nur in schwachen Händen an Wirkung (Beifall im Centrum). Goblet erklärte, er könne sich nicht auf denselben Standpunkt stellen, wie die vorhergehenden Redner, er habe niemals geögert, dem Gesetze zu

17 000 Kerzen (natürlich auf Kosten der Ausbreitung des Lichtes) gesteigert werden kann. Heim berechnet nach seinen Versuchen die Kosten von 100 Kerzen für die Stunde nur zu 32 Pf. Es würde demnach das Magnesiumlicht ohne Zweifel für große Lichtstätten nicht nur die am einfachsten herzustellende Beleuchtungsquelle abgeben, sondern auch als das billigste Beleuchtungsmittel zu gelten haben.

Die 500te Feuerbestattung wurde, wie dem „Leipz. Tagbl.“ geschrieben wird, am Dienstag, den 10. Januar cr., in Gotha vollzogen. Es dürfte von Interesse sein, die Fortschritte dieser Feuerbestattungsart zu verfolgen. Der am 10. Dezember 1878 stattgehabten ersten Bestattung folgten die anderen so spärlich, daß erst nach 4 Jahren, Ende 1882, das erste Hundert voll war; sodann sind die Zahlen in stetiger Reihenfolge gemachsen. Es wurden verbrannt:

Jahr	Männer	Frauen	Kinder	Summa
1878	1	—	—	1
1879	12	5	—	17
1880	14	2	—	16
1881	25	7	1	33
1882	22	10	1	33
1883	25	19	2	46
1884	36	32	1	69
1885	41	26	9	76
1886	62	29	4	95
1887	79	30	1	110
1888	3	1	—	4
				320
				161
				19
				500

Dem Verufe nach waren von den 32 Männern: Rentner 80, Fabrikanten und Kaufleute 55, Aerzte 34, Verwaltungsbeamte, Geistliche zc. 33, Handwerker und Arbeiter 33, Lehrer und Professoren 19, Juitzbeamte 18, Militärs 14, Redakteure, Politiker 9, Landwirthe 7, Schüler und Studenten 7, Schauspieler, Architekten zc. 6. Von den 161 Frauen waren 126 verwitwet resp. verheirathet, 35 ledig. Der Heimath nach stammten von den durch Feuer Bestatteten: 146 aus Gotha, 50 sonst aus Thüringen, 135 aus Preußen (51 aus Berlin, 18 aus der Provinz Sachsen, 10 aus Hessen-Nassau, 46 aus anderen Provinzen), 24 aus Bayern, 20 aus Hamburg, 11 aus Württemberg, 10 aus Baden, 24 aus den übrigen deutschen Staaten. Aus dem Auslande stammten 32 und zwar 16 aus Oesterreich, 7 aus Schweden, 4 aus Amerika, 2 aus Frankreich und je 1 aus Rußland, Holland, England und der Schweiz.

widerlaufende Akte für nichtig zu erklären; wenn man aber Ungelegenheiten unterdrücken müsse, so sei es auch notwendig, Provokationen zu vermeiden; deshalb sei er als Minister seiner Zeit selbst nach dem Ausspruch des Staatsraths nicht zur Installation des Präses im Hotel de ville geschritten, da er die Frage noch für zweifelhaft erachtete. Er glaube, daß sein Gesegentwurf nicht in verschiedene Theile zerlegt werden könne. Die Interpellation scheine einen geheimen politischen Hintergrund zu haben, indem man eine Gelegenheit zur Aufklärung der Kammer suche und hoffe, aus den Neuwahlen Nutzen für die jetzige republikanische Minorität und die Rechte zu ziehen. — Tirard verwahrte sich lebhaft gegen die Unterstellung eines Bündnisses mit der Rechte; die Regierung wolle mit einer republikanischen Majorität leben, ihr Programm befeitige aufreizende Fragen, die Akte des Municipalrathes könnten wohl eine Auflösung desselben rechtfertigen, aber es sei nicht gut, die Wähler durch wiederholte Zusammenberufungen zu ermüden. Es gebe noch eine andere Lösung, die Schwierigkeiten kurzer Hand zu beseitigen, dieselbe bestehe darin, dem Präses den Wohnung im Hotel de ville nehmen zu lassen. Die Kammer habe nur einen derartigen Willen zu äußern und die Sache werde morgen ins Werk gesetzt werden. Es sei unerlässlich, diese Frage zu regeln, wenn der Municipalrath sich darauf nicht einlassen wolle, so werde er aufgelöst werden. Tirard ersucht die Kammer, für den Antrag, dem Seine-Präses seine Wohnung im Hotel de ville anzuweisen, die Dringlichkeit zu beschließen. — Nach Beendigung der Debatte über die Interpellation Lamarzelle nahm die Kammer die von dem Ministerpräsidenten Tirard angekündigte Tagesordnung an, besagend: Die Kammer geht in Erwartung der Berathung des offiziell angekündigten Spezialgesetzes und im Vertrauen auf die Regierung zur Tagesordnung über. Der erste Theil der Tagesordnung wurde mit 342 gegen 195 Stimmen, der zweite Theil, in welchem der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird, mit 265 gegen 178 Stimmen angenommen und alsdann die Tagesordnung im Ganzen durch Erheben der Hände genehmigt.

Spanien.
In Cuba werden die Zustände mit jedem Tage schlimmer, und Mittheilungen des spanischen Konsuls in Santo Domingo zufolge rüsten sich die dortigen Kibustier zu einer Expedition nach Cuba. Obgleich dies offiziell geleugnet wird, ist es doch sicher, daß infolge dieser Nachrichten sofort zwei Kriegsschiffe von Spanien nach Cuba und Santo Domingo zur Beobachtung abgefangen sind. Ueberhaupt tritt die Cubanische Frage wieder mehr und mehr in den Vordergrund; der Unwille gegen den jetzigen Gouverneur Marin wächst, und der Kolonialminister Balaguer weicht sich gar nicht mehr zu retten vor den zahllosen Anklagen, welche gegen seine Politik und die Verwaltung der Antillen erhoben werden.

Rußland.
Ueber die neue Verschwörung gegen den Zaren, deren Bestehen nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann, liegen noch folgende Mittheilungen aus Petersburg vor; in den „Daily News“: „Das neue Komplott gegen den Zaren ist völlig unterdrückt worden. Viele Offiziere und Studenten wurden verhaftet, und bei den stattgefundenen Hausdurchsuchungen wurden wichtige Briefschaften in Beschlag genommen. Das Attentat sollte während der Reise des Zaren von Gatchina nach Petersburg zur Ausführung kommen.“ In dem „N. W. Tagebl.“: „Im Zusammenhang mit der gemeldeten Arretierung des Bahndienstleiters, welcher den Rühligkeiten die Ausfahrten des Kaisers verrieth, verlautet, es wären weitere Komplizen desselben in einem Wschastol (Polizeibureau) in Petersburg entdeckt und verhaftet worden. Ebendasselbst wurde angeblich auch eine große Quantität Dynamit aufgefunden. Die Behörden sind mit eifriger Nachforschung beschäftigt. Man glaubt, der Kaiser werde nicht einmal vierzehn Tage in Petersburg bleiben, sondern sehr bald nach Gatchina zurückkehren.“

Balkanländer.
Nach den von der „Swoboda“ in Sofia veröffentlichten Dokumenten und Briefen wurden die Vorbereitungen zum Aufbruch

von Burgas von den slavischen Komitees land getroffen, und von dort erhielten die Komititionen und Geldmittel. In einem Briefe Krastow's an Nabolow überfendet jener diesem seinen Willen und sagt, daß die Genehmigung aus Petersburg noch lang sei. Ein Empfehlungsbrief Krastow's wurde dem Emigranten vorgelesen. Nach dem Gehändelten tenegriners äußerten die Anführer der Bande, die Bulgarien, wo das Volk und die Armer sie bewacht. Man werde die Regierung stürzen, worauf sich aus Adrianopel, Serbien und Rumänien anschließen. Dann würde man über Serbien nach der Persien schreiten, da Oesterreich von Rußland überfallen. In dem bei Nabolow gefundenen Saft waren zwei Patronen. Jeder Mann hatte ein Winchestergewehr, Patronen und zwei Revolver. Diese wurden unter als Belohnung vertheilt. Nach einigen anderen Banlow von dem ganzen Plane unterrichtet.

Soziales und Arbeiterbewegung.
In der Militäreffektenfabrik von Wollsenfleben, Prinzenstraße 12, ist ein Streik ausgebrochen. Die dort beschäftigten Klempner, fünf an der Zahl, Arbeit niedergelegt, weil eine von ihnen geforderte Erhöhung nicht bewilligt wurde. Die bisherige Entschädigung nicht den Durchschnittslöhnen der Fabrik ist fernzubalten.
Döhlen in Sachsen. Hier stellten am 8. Kammergutspächter Rathe die deutschen Mädchen ein. Der genannte Herr beschäftigte auch viele polnische, welche sich durch starken Appetit auszeichnen, und weniger essen. Am letzten Sonntag wurde aber den deutschen Mädchen widerpenstig, sie schickten um mehr Essen, doch vergeblich. Hierauf erfolgte Einstellung.

Theater.
Mittwoch, den 18. Januar.
Spernhaus. Der Trompeter von Säckingen.
Schauspielhaus. Die Maus.
Deutsches Theater. Göy von Verlichingen.
Wallner-Theater. Ein toller Einfall. Der Nyclado.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Die 7 Schwaben.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in 80 Tagen.
Stend-Theater. Haus Navallet, oder: Der Mord im Steinbruch.
Königs-Theater. Francillon.
Sallealliancer-Theater. Die Näherin.
Walhalla-Theater. Alle Reime.
Central-Theater. Höhere Töchter.
Königsstädtisches Theater. Die Töchter der Markthalle.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummanns Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Königsstädtisches Theater.
Alexander-Strasse 41 — Kurze Strasse 6.
Heute und folgende Tage:
Erstes Gastspiel von
Anna Schramm.
Novität! Zum ersten Male: Novität!
Die
Tochter d. Markthalle.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Alfred Feld.
Musik von Paul Linde.
Caroline Gadowitz, Schlächtermamsell aus Kalau:
Anna Schramm a. G.
Kasseneröffnung 6 Uhr. — Anfang 7½ Uhr.
Sons haben Gültigkeit.

Königsstädtisches Theater.
Dresdenerstr. 72. Direktion: Adolph Ernst.
Zum 194. Male:
Die schöne Ungarin.
Gesangspoffe in 4 Akten von W. Mannstädt.
Rouplets v. G. Götz. Musik von G. Steffens.
Die neuen Rouplets sind vom Kapellmstr.
Herrn Franz Roth komponirt.
Soma: Clara Helmer. Vili: Olga Dworak.
Frige: Grete Gallus. Häppchen:
Clara Böhler. Miesebed: Direktor Ad. Ernst.
Schröder: Aug. Kurz. Triller:
Paul Barthold. Walsebod: Gustav Görss.
Alfred: Wilhelm Ruff.
Telephon-Anschluss: Amt III. Nr. 8042.
Kasseneröffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus A. Krembsier
Friedrich-Carl-Platz, Ecke Karlstraße.
Heute, Mittwoch, den 18. Januar 1888,
Abends 7 Uhr:
Grosse Gala-Vorstellung.
Zum 19. Male:
Die lustige Schwiegermutter.
Grosse originelle Pantomime mit Ballet, ausgeführt von 80 Personen und 40 Damen vom Corps de Ballet.
8 Papphensche vorgeführt vom Direktor.
„Göllensbrand“, Schulferd, geritten in der hohen Schule von Frau Direktor Paula Krembsier.
Die großen Tromplinsprünge mit Doppel-Saltomortale, ausgeführt von den besten Springern der Gesellschaft. Auftreten des Dreiringlämpfers Herrn Abo. Saltomortal-Reiterin Dromira Magni. Der Jongleur zu Pferde, ausgeführt von Mr. Loyl Herr und Madame Denis.
Römische Divertissement zu Pferde, ausgeführt von mehreren Clowns. Griechische Fahnen-Quadrille, geritten von sechs Damen und sechs Herren.
A. Krembsier, Direktor.

Berliner Stadt-Theater
Wallnertheaterstraße 15, fr. Alhambra-Theater.
Unser Advokat
oder:
Vater Martin's Haus.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Dr. Ohmann.
Vor und nach der Vorstellung im Tunnel:
Grosses Konzert.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Passage 1 Cr. 9 M. — 10 M.
Kaiser-Panorama.
Schlösser König Ludwig II. in München.
Hohenschwangan.
Neul zum ersten Male:
Vierte Wanderung durch Paris.
Reise Sr. Maj. Schiff Bertha.
Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonn.

Eleg. Maskengarderobe
für Herren und Damen
VON C. Tietz,
Oranienstraße 130, 2 Trepp.
(Ecke Alexandrinenstr.).
Geschmackvolle Kostüme in reichster Auswahl zu billigen Preisen.
Vereine Preisermäßigung.
Jede Uhr
zu repariren und reinigen kostet bei mir unt. Garantie d. Gutgehens n.
1 Mt. 50 Pfg.
Kleine Reparaturen billiger.
Prima Patentgläser 10 Pfennig.
R. Kionka,
87. Adalbertstraße Nr. 87.
Rein laden, daher so billig.

Masken - Kostüme jeder Art
verleiht billig
Paul Cordt,
Reichenbergerstrasse No. 140.
Vereine Preisermäßigung.
Wo speisen Sie?
In der alten pommerischen Küche, Oranienstr. 181, Hofpartee, bei Klein! Frühst. 30 Pf., Mittagstisch m. Bier 50 Pf., Abendstisch von 30—50 Pf. nach Auswahl.
Homöopathische Klinik
für Brust-, Unterleibs-, Frauen- und Kinderkrankheiten. Kassenmitglieder erhalten Ermäßigung. Dr. Hoesch, Friedrichstr. 108, i. 8 bis 10, 5—7 Uhr. Sonntags nur Vorm. [15]

Letzte Klasse
Königl. Preuss. Kl.-Lotterie
17 Tageziehung.
20. Januar bis 8. Februar 1888.
Erster Hauptgewinn 600 000 M.
Originale: 1/1, a 230.
1/2, a 115, 1/4, a 57, 1/8, a 29 M.
Bei garantirtener Rückgabe wesentlich billiger.
Antheile: 1/1, a 26, 1/2, a 13, 1/4, a 6,50, 1/8, a 3,25 M.
Eöliner Dombau-Loose a 3 M.
Richard Schröder,
W. 56,
Markgrafenstraße 46.
Gensdarmenmarkt.
Auch zu haben bei:
Schröder, Rosenthalerstr. 31.
Schröder, Münzstr. 26. [1575]

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwollenwaaren zu außerbilligen Preisen angekauft und offeriren demzufolge solche jetzt

Sehr viel billiger

Hemdentuche	in guter Qualität, ohne jede Appretur, 5/8, breit	Mtr. 30 - 40
Renforecé	eine feinsädicke Waare, hübsch dicht gewebt, 3/4, breit	Mtr. 40 - 45
Cretonne fort	sein u. rundsäd., sow. in d. Haltbar.	Mtr. 50
Shirting	als auch in der Wäsche ganz vorzügl.	Mtr. 25 u. 30
Chiffons	in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 30 u. 35
Gutes Hausmacherleinen	ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 40 u. 45
Gutes br. Hausmacherleinen	jetzt für Damen	Mtr. 1
Gute Küchen-Handtücher	in grau und weiß, 2/2, 3/3, 4/4	Mtr. 2
Gute Stuben-Handtücher	in d. 2/2, 3/3, 4/4	Mtr. 3
Gutes gutes Bettzeug	Neueste Vorl. Muster, 5/8, br.	Mtr. 35 u. 40
Rosa und gestreifte Julets		Mtr. 50 u. 60
Brilliche		Mtr. 75
Tischgedecke	mit 12 Servietten, mit 6 Servietten	4
Einzelne Tischtücher	für	1
Einzelne Servietten	für	30
Reinlein. Taschentücher	1/2 Dugend Badung	1,25, 1,50, 1,75
Möbel-Cattune	vollständig wäscht	Mtr. 30 u. 40
Teppiche	in allen Qualitäten und größere	4, 5, 6, 10
Waschgedichte Hauskleiderstoffe		Mtr. 30 u. 40
Wollene Kleiderstoffe	in größter Auswahl	Mtr. 35 u. 40

Schwarze reinwollene Cachemire
sehr reelle Qualitäten Mtr. 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2, 2,50, 3
Regenmäntel in sehr großer Auswahl 10, 12, 15, 18

Sielmann & Rosenber
BERLIN, Kommandantenstraße
Ecke Lindenstraße.

Preussische Original-Loose und Nathe
Ziehung vom 20. Januar bis 8. Februar 1888.
Original-Loose { nur mit der Bedingung der Rückgabe nach beendeter Ziehung der betref.
Antheile: 1/1 200 M., 1/2 100 M., 1/4 50 M., 1/8 25 M., 1/16 13 M., 1/32 7 M., 1/64 3 M.
empfehle und versendet das Lotterie-Geschäft von
M. Meyer, Koppen-Strasse Nr. 27.
Nach Anwarts unter Vorkauf-Vergütung.

Ueber 22 Millionen Mark Geldgewinne
Preuss. Orig.-Loose { 4. Cl.: 20. 1. bis 8. 2. mit Rückgabe nach beendeter Ziehung der betref.
L. Basch, Berlin, Poststr. 27 II. Porto 1/2 M.
Möbel auf Theilzahlung bei J. Kollermann, nahe dem

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 17. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Pringi und Kommissarien.

Die Abg. v. Köller und v. Giese haben ihr Mandat niedergelegt.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt dem Marineetat.

Bei den „Ausgaben“, und zwar bei dem Kapitel „Admiralitäts-Verwaltung“.

Abg. Richter (Dr.): Es liegt mir daran, zunächst unseren Gesichtspunkt gegenüber der Denkschrift vom vorigen Jahre zu stellen. Man hat mehrfach zu behaupten versucht, als wenn der Reichstag durch die Annahme des vorjährigen Marine-Veranschlagungsgesetzes die stillschweigende Verpflichtung eingegangen, für die nächsten 5 Jahre die 8 Millionen für Ersatzarbeiten fortwährend zu bewilligen. Gegen eine solche unangenehme Ansicht hat sich bereits die Budgetkommission ausgesprochen, und ich will nur hier kurz darüber auch meine Ansichten mittheilen. Was mich sonst veranlaßt, bei diesem Etat Wort zu ergreifen, der voraussichtlich nur eine geringe Vermehrung des Personals nicht beantragt, ist der Wunsch, hier im Reichstage, von dieser öffentlichen Stelle aus, Gesichtspunkte allgemeinerer Natur zu erörtern, gerade weil in den letzten Tagen in Bezug auf unsere Marine durch die Presse viel Staub aufgewirbelt worden ist. —

Vorderst erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die Neigung einer Vermehrung der Ausgaben bei unserer Marine eine ungewöhnliche gewesen ist. (Nedner weist dies scharf nach 1872 nach, wonach beispielsweise die Ausgaben für Militärpersonal auf das Doppelte gestiegen sind.) Gegen diesen Thatsachen wäre es unverantwortlich, wenn man die Marineverwaltung zu Ausgaben drängen wollte, welche sie selbst nicht verlangt. Der Herr Finanzminister hat gestern bei Staatsrede im Abgeordnetenhaus angedeutet, daß die Ueberbürdung, welche sich aus dem Branntwein ergeben, vorläufig völlig den Einzelstaaten zu Gute kommen sollen, und das will bei dem Ueberüberschuß von 60 Millionen schon etwas sagen. Um so mehr ist also vorerst geboten, daß man nicht unnütze Ausgaben das Reich herbeiführt. Ich spiele hier auf den Artikel an, kürzlich in der „Kölnischen Zig.“ erschienen. Man scheint sich selbst haben viel Geld kosten lassen. Das aber ist der Ueberüberschuß der jetzt beliebten offiziellen Behandlung unserer Presse, man nicht weiß, ist die Sache reell, steht wirklich etwas dahinter, oder ist es nur die Meinungsäußerung irgend eines Privatmannes. Der Artikel verlangt nun den Bau großer Panzerschiffe und der Schreiber verpflichtet sich dabei, sich mit einem gleich hohen Etat zu bewerkstelligen wie jetzt. Es ist mir freilich unersichtlich, doch bleibe es vorläufig dahingestellt. Was mich in dem Artikel verletzt hat, war die Rede, wie man unsere Marine denen anderer Nationen gegenüber herabgedrückt hat. Vorläufig wissen wir doch noch gar nicht, ob sich unsere Marine in offener Seeschlacht nicht behaupten wird — ich glaube es, sie wird sich behaupten — aber wir wissen, daß sich die französische 1870-71 uns gegenüber nicht behauptet hat. Die großen Bismarck der französischen Marine können uns nicht mehr imponieren, denn dieselbe vor einem kleinen Panzerschiffe an der Küste Deutschlands 1870 Reichthum genommen. Unsere Besorgnisse vor der französischen Marine hatten sich damals gar bald erledigt. Das Verlangen, große Panzerschiffe zu bauen, ist uns unserer Marineverwaltung noch gar nicht gestellt worden. Denkschrift von 1884 betont ausdrücklich, daß man sich in der Zukunft auf den Bau großer Panzerschiffe den Luxus des Zementtrens nicht gewähren könne; auch die Denkschrift des vorigen Jahres entscheidet die Frage nicht, ob große oder kleine Panzerschiffe das Vortheilhaftere seien. Jedenfalls ist es nicht, zu Gunsten der großen Schiffe den früheren der Admiralität, v. Stosch, ins Feld zu führen. Herr Stosch hat einmal ausdrücklich erklärt, daß, wenn der Staat finanziellen Gründen nicht in der Lage sei, mit dem Bau großer Schiffe nach beiden Richtungen vorzugehen, d. h. große kleine zu bauen, daß dann zuerst die kleinen ungepanzerten zu bauen seien. Es ist ungerath, dem jetzigen Chef Admiralität Vorwürfe zu machen, daß er mit dem Bau großer Schiffe so langsam vorgehe. Das thut er nicht! Gegenüber ist es Herr von Stosch gewesen, welcher Tempo im Bau neuer Schiffe verlangte, und man dies damals für richtig hielt. Gleichwohl ist die Behauptung, daß man den Dienst zur See auf dem Dienstes zu Lande bei unserer Marine vernachlässigt; haben gerade von dieser Stelle aus über das Umgekehrte zu führen gehabt. Also warum die Marineverwaltung zu drängen, die sie gar nicht für opportun oder an der Hand? Wir haben nur den einen Wunsch, daß unsere Nation in finanzieller und in anderer Beziehung vorzuziehen, wie das der Bau großer Panzerschiffe geachtet sein würde, bewahrt bleiben möge!

Generalleutnant v. Capriui, Chef der Admiralität: Herr Herr Abgeordnete Richter erörtert hier, hier zur Sprache. Ich bin ein abgeleiteter Feind des Eingehens auf die von militärischen Affekt aus, um so mehr in mir unterstellten, wo Verwaltung und Kommando einer Hand liegen. Die Gefahr liegt nahe, daß die Presse eine gewisse Beunruhigung in die Welt gebracht wird, daß Fragen zur Erörterung gestellt werden, die besser der öffentlichen Erörterung entzogen würden. Herr Abg. Richter hat die Vermuthung aufgestellt, und ich es auch schon in der Presse gefunden, daß ein Artikel einer größeren Zeitung, der an einer Stelle Platz fand, wo zunächst nur bedeutendere Sachen stehen, inspirirt sein könnte. Zunächst mich angeht, so bin ich von diesem Verdacht frei. Ich habe nur viermal dem „Reichsanzeiger“ eine thatsächliche Nachricht gegeben lassen, wo es sich um Schiffsunfälle und Beunruhigung der betreffenden Angehörigen handelte und habe der „Zig.“ Zahlen gegeben, die sie zu haben wünschte, sonst meinerseits niemals — weder direkt noch indirekt — eine Aufforderung der Presse stattgefunden. Die Marineverwaltung die Kontinuität ihrer Ansichten nicht gebrochen und noch heute auf dem Boden der Denkschrift von 1884 steht und die Denkschrift vom Vorjahre geht nur einen Schritt weiter auf derselben Bahn. Diese Denkschriften haben den verbündeten Regierungen vorgelegen und Billigung gefunden. Ich kann sagen, daß gerade in der letzten Frage, die von der „Kölnischen Zeitung“ angeregt ist, der Reichsanzeiger seine Zustimmung ausgesprochen hat, in der Denkschrift mit Bleistift bemerkt hat. Ich will nicht zu weit zu gehen, wenn ich behaupte, daß sich der Reichsanzeiger mit mir in vollkommener Uebereinstimmung befindet. Wenn die Besorgnisse ausgesprochen wird, daß unsere

Marine anderen Nationen gegenüber nicht weit genug fortgeschritten, daß wir mehr thun müßten, so kann ich mich auf die Denkschrift des Vorjahres berufen. Ich habe ausgeführt, wie unsere Lage ist, und welche Mittel einschlagend waren. Seitdem ist nicht das Mindeste im Inlande und Auslande geschehen, was mich zum Abgehen von den ausgesprochenen Ansichten veranlassen könnte. Die fragliche Zeitung — es thut mir leid, daß ich immer wieder darauf zurückkommen muß — resumirte ihren wesentlichen Vorwurf gegen mich darin, daß der Schwerpunkt der Marine vom Wasser auf das Land verlegt wird und hatte dafür in der Hauptsache zwei Beweggründe, erstens daß nicht genug gefahren würde. Je mehr wir fahren, um so höher werden die Indiensthaltungskosten. 1875 betragen die wirklichen Ausgaben (nicht die Anschlagskosten) 1 998 000 M., 1885 86 sind für dieselben Zwecke 6 690 000 M. verausgabt worden, es ist also nahezu das Vierfache verfahren worden. (Hört, hört, rechts.) Die Behauptung, daß weniger gefahren worden, scheint mir gewagt! (Weiteres.) Zweitens ist gesagt worden, daß das Personal, das zum Küstendienst verwandt wird, eine zu starke Vermehrung erfahren. Ohne das Seebataillon und die Matrosen-Artillerie, die allerdings vorwiegend den Dienst auf dem Lande zu verrichten hat, ist aber auch der Dienst zur See nicht möglich. Die Behauptung, daß diese ganz auf das Land beschränkt sei, ist an sich schon eine irrige. Als ich 1883 in die Verwaltung trat, war das Verhältnis der am Lande zu verwendenden Marine (Seebataillon und Matrosenartillerie) zum gesammten Mannschafbestand 19 zu 100, 1887-88 17 zu 100, 1883 schwammen also 84, jetzt 83. In dem Verhältnis von 1883 zu 84 scheint mir keine Gefahr zu liegen (rechts: Weiteres.) Was schließlich das Verhältnis unserer Marine zu denen der anderen Staaten betrifft, so ist es meine innerste Ueberzeugung — wie das Kriegsglück fallen wird, kann kein Mensch vorhersehen — daß diese Marine leisten wird, was möglich ist und daß wir keinen Feind zu fürchten brauchen! (Lebhaftes Bravo.)

Dieser Titel und das ganze Ordinarium werden angenommen, ebenso die ersten 26 Titel des Extraordinariums.

Tit. 27 enthält die Kosten für die Anlage von Torpedo-Etablissements und zu Torpedoeinrichtungen auf den Westen in Kiel, Wilhelmshaven und Danzig.

Referent Kalle (nl.) erklärt, daß es nicht beabsichtigt sei, etwa Torpedofabriken anzulegen. Es handle sich lediglich um die Kosten für die laufende Instandhaltung des Torpedowesens.

Abg. Richter: Die Ausführung des Berichterstatters könnte allerdings die Sache bereits erledigen, in dessen möchte ich von dem Chef der Admiralität eine Erklärung darüber erbitten. In der Kommission ist eine bestimmte Erklärung nicht gegeben, daß die Errichtung von Torpedofabriken nicht beabsichtigt sei. In manchen Kreisen wird befürchtet, daß die Marineverwaltung den Bau von Torpedos selbst in die Hand nehmen wolle.

Chef der Admiralität v. Capriui: Ich gehe mit einer gewissen Befangenheit an die Erörterung dieser Frage, weil, wenn es sich um Beziehungen der Verwaltung zur Privatindustrie handelt, Verhandlungen, sobald sie den allgemeinen akademischen Charakter verlassen, leicht Konsequenzen auf anderem Boden haben können. Ich habe zunächst zu konstatieren, daß hier zwei Fragen auseinander zu halten sind. Die eine Frage ist die des Titels 27, der uns hier vorliegt. Was der Referent in dieser Beziehung geäußert hat, ist vollkommen korrekt. Dieser ganze Titel hat mit keinem Groschen für den Torpedobau und die Torpedoreparatur zu thun. Die andere Frage ist die, ob die Admiralität gewillt ist, selbst Torpedoboote zu bauen. Die Admiralität ist gewillt — und die Mittel dazu sind ihr im Etat des Jahres 1886-87 bewilligt worden —, sich im Torpedobau unabhängig von den Privatfabriken zu machen. Sie ist nicht gewillt, mit diesen Privatfabriken zu brechen; sie hat, sage ich, ein Interesse daran, sie zu erhalten, sie will sich aber nicht abhängig machen, sie will sich bewegen und hat sich bereits bewegt. Es spielt in diesem Etat gar keine Rolle mehr, unabhängig von den Privatfabriken Torpedos in geringem Umfange herzustellen.

Abg. Richter: Nach dieser Erklärung verschwindet für mich jedes Interesse, diese Sache weiter zu verfolgen. Wir haben budgetmäßig ein Interesse, zu erfahren, ob aus diesem Titel zu dem erwähnten Zweck Gelder verwendet werden. Nach der Erklärung, daß kein Groschen dazu verwendet würde, habe ich kein weiteres Interesse an der Sache.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsamt des Innern.

Kapitel 7 (Befolgungen) wird ohne Debatte bewilligt.

Zu Kapitel 7 a (allgemeine Fonds) bemerkt

Abg. Baumhag (Dr.): Ich möchte mir an dieser Stelle erlauben, einige Anfragen an den Herrn Staatssekretär zu richten. Zunächst konstatire ich mit Vergnügen, daß wohl unter dem Einfluß unseres Beschlusses eine Vermehrung der Fabriksinspektoren stattgefunden hat. Es ist ein Fabrikinspektor hinzugekommen im Königreich Bayern und ein Fabrikinspektor in Lübeck. Außerdem aber sind die Assistentenstellen wesentlich vermehrt worden, woran namentlich der industriereiche Staat Sachsen partizipirt. Was die Form der Berichte betrifft, so ist uns nach einem früheren Wunsche des Reichstags wiederum ein aus den Einzelberichten zusammengefaßter Gesamtbericht vorgelegt. In Oesterreich werden die Einzelberichte in toto gegeben und nur mit einem einleitenden Generalbericht versehen. Es wäre zweckmäßig, dieses Verfahren zum Muster zu nehmen. Für den, der sich mit der Arbeiterfrage näher beschäftigt, ist es nicht möglich, sich aus dem Generalbericht genügend zu orientiren. Daß die Einzelberichte im Reichstag zur Einsicht ausgelegt sind, bieten keinen ausreichenden Ersatz, da es zu umständlich ist, auf diese Weise davon Kenntniz zu nehmen. Sodann möchte ich bitten, daß das Reichsamt des Innern die Fragen, den in den Berichten angetragt sind, auch näher treten möge. Das gilt vor allem von der Unfallverhütung und der Verhütung von Krankheitsgefahr in den Fabriken. Seitens der Berufsgenossenschaften ist ja eine große Anzahl von Unfallverhütungsvorschriften erlassen, die gewiß mancherlei Beachtenswerthes enthalten. Aber einmal glaube ich, ist es notwendig, daß die Gewerbeinspektoren mit den Berufsgenossenschaften und deren Beauftragten in irgend einen organischen Zusammenhang gebracht werden, und dann ist zu bemängeln, daß die Verhütung der Krankheitsgefahr bisher wenig Berücksichtigung gefunden hat. Die Berichte der Fabriksinspektoren geben viele Anhaltspunkte, daß in diesen Richtungen viel zu geschehen hat. Der Bundesrath sollte mit generellen Vorschriften wenigstens für die einzelnen Industriezweige vorgehen. Es ist ja in diesen Tagen eine Kommission im Reichsamt des Innern zusammengetreten, um Vorschriften zur Verhütung von Krankheitsgefahr in einzelnen Industriezweigen vorzubereiten; es wäre nur zu wünschen, daß dergleichen Vorschriften in größerem Umfange er-

lassen werden. Die Verhütung von Krankheitsgefahr wäre auch von großer Bedeutung für die Krankenversicherung. Auch in Bezug hierauf haben umfassende Erhebungen stattgefunden und es ist eine eingehende Revision des Krankenlastergesetzes im Gange; ich wünsche, daß die Revision bald zum Abschluß gelange, daß aber dabei den freien Hilfsklassen nicht zu Weibe gegangen werde. Ich würde das letztere sehr bedauern, denn die freien Hilfsklassen repräsentiren in der Krankenversicherung so recht eigentlich das Arbeiterelement und das Pflichtbewußtsein ist in ihnen ein viel größeres als in den Zwangslassen, wie es gewiß beachtenswerth ist, daß die Kontrolle in den freien Klassen eine viel nachhaltigere ist als in den Zwangslassen. Unsere Ortskrankenlassen leiden an dem einen großen Uebel, daß Alles in eine gesetzliche Schablone hineingepreßt ist ohne Rücksicht auf lokale Verhältnisse, denen die freien Hilfsklassen aber Rechnung zu tragen in der Lage sind. Ich glaube, gegenüber den bisherigen Erfahrungen wird die damalige Opposition gegen das Krankenlastergesetz in anderem Lichte erscheinen. 25 Prozent der Ortskrankenlassen hat ein Defizit, und nur ein geringer Prozentsatz eine Mehreinnahme. Was die gewerblichen Schiedsgerichte betrifft, so war man über ihre Nützlichkeit im Reichstag einer Meinung, nur darüber, ob sie obligatorisch einzuführen seien, ging man auseinander. Die bezügliche Resolution des Reichstags scheint aber gleichwohl im Schooße des Bundesraths ihre Erledigung noch nicht gefunden zu haben. Inzwischen sind mehrere Städte, unter ihnen auch die Reichshauptstadt, mit der Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten vorgegangen. Es wäre zu wünschen, daß sich diese Schiedsgerichte zugleich als Einigungsämter zur Vermeidung von Streiks konstituiren möchten. Auch der Arbeiterausgleichsgesetz betreffende Entwurf, der in der vorigen Session im Reichstag zur Annahme gelangt ist, hat im Bundesrath noch keine Erledigung gefunden, und ich weiß nicht, in welchem Stadium er sich gegenwärtig befindet und ob es möglich sein wird, noch in dieser Session hier auf den Gegenstand zurück zu kommen. Es bestehen auf diesem Gebiete keine erheblichen Meinungs- Verschiedenheiten. Ueber die prinzipiellen Fragen herrscht vielmehr vollständige Einigkeit; namentlich, daß man die Kinder aus der Fabrik ausschließen müsse, ist von allen Parteien anerkannt worden. Zu meiner Ueberzeugung habe ich aus Berichten der Fabriksinspektoren gesehen, daß die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren im Bunde sei, eine Erscheinung, die zu ersten Bedenken Anlaß giebt. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder betrug im Jahre 1886 21 053 gegen 18 882 im Jahre 1885. Am stärksten ist dabei das Königreich Sachsen betheilt. Im Bezirke Chemnitz hat eine Zunahme von 30 pCt. stattgefunden. Man muß deshalb der Frage der Beschäftigung der Kinderarbeit ernstlich näher treten. Bemerkenswerth ist auch, daß die Uebertragung der schon bestehenden Vorschriften über das Verbot der Kinderarbeit ebenfalls ganz bedeutend zunimmt. Es sind vielfach Kinder unter 12 Jahren beschäftigt worden. Mitunter wurde dabei, wie es in den sächsischen Berichten heißt, von einer Einleitung des Strafverfahrens abgesehen, weil die Beschäftigung der Kinder auf Unkenntnis der Arbeitgeber mit den gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen ist. Ueber die Frauenarbeit waren die Ansichten im Reichstag mehr getheilt. In manchen Bezirken aber ist die Beschäftigung eine solche, daß man sie entschieden beschränken muß. Der Bundesrath muß zu diesen Dingen Stellung nehmen; die Frage kann nicht länger dilatorisch behandelt werden. Es liegen über die vorgebrachten Dinge bestimmte Resolutionen und Beschlüsse der Volksvertretung vor, und diese wieder hat einen großen Theil der industriellen Bevölkerung hinter sich. Wenn diese einen so großen Werth auf diese Gesetzgebung legt, können die verbündeten Regierungen nicht länger ihren berechtigten Wünschen gegenüber sich ablehnend verhalten.

Staatssekretär v. Postlitzer: Auch Preußen geht damit um, die Stellen der Assistenten der Gewerbeämter entsprechend den Bedürfnissen zu vermehren. Die preussische Regierung trifft deshalb der ihr früher im Abgeordnetenhaus gemachte Vorwurf nicht, daß sie der Vermehrung des Fabriksinspektorenpersonals entgegen trete. Sie ist bereit, eine Vermehrung der Aufsichtsbeamten in dem Maße einzutreten zu lassen, wie das Bedürfniz vorhanden ist. Bezüglich der Form der Berichte bemerke ich, daß in Oesterreich-Ungarn die Verhältnisse insofern anders liegen als bei uns, als der Bericht des Generalgewerbeinspektors von einem Beamten ausgeht, der die Aufsicht über die Inspektoren zu führen hat und selber unmittelbar mit der Inspektion der Fabriken befaßt ist. Ein solches Organ fehlt bei uns, wir können also gar nicht einen Generalbericht in diesem Sinne geben, sondern nur die Quintessenz aus den einzelnen Berichten zusammenfassen. Es kann ja Interessenten geben, die die Berichte der einzelnen Inspektoren vor sich haben wollen. Gelegenheit zu solchem Studium bieten die im Hause niedergelegten Einzelberichte. Erscheint Ihnen das Studium in dieser Form zu umständlich, so behandeln Sie doch die Berichte als Drucksache des Reichstags und händigen diesen Stof von Berichten jedem Abgeordneten ein. Ich weiß nicht, ob die Schamhaftigkeit des Studiums dadurch vermehrt und die Drucksache eine größere Liebhaberschaft finden wird. Die Majorität dürfte sich befinden, eine solche Ausgabe zu machen. Jeder Hintergedanke bei der Art, wie wir die Berichte jetzt an den Reichstag und das Publikum bringen, ist völlig ausgeschlossen. Im übrigen finden die Berichte der Inspektoren bei dem Bundesrath ein offenes Ohr. Ich kann nicht zugeben, daß im Bundesrath bisher kein Verständnis für ihren Inhalt und eine Unthätigkeit auf dem Gebiete der Abhilfe der in den Berichten vortragenden Mängel gewaltet hätte. Auch in den letzten Jahren sind wir nicht säumig, namentlich auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung, gewesen. Erst kürzlich ist eine Kommission im Reichsamt des Innern zusammengetreten, um einen wirksameren Schutz der Arbeiter in den Zigarrenfabriken herzustellen. Ferner sind Vorschriften rücksichtlich der Einrichtungen und des Geschäftsbetriebes in den Bleiweiß verarbeitenden Fabriken vorbereitet. Auch für die Arbeiter in den Spiegelbleichsalzen sind wir bemüht, Schutzvorschriften zu treffen. Das Krankenlastergesetz hat sich nach unserer Wahrnehmung und den Erfahrungen der zahlreichen Sachverständigen, die hier im Reichsamt des Innern zusammengetreten sind, im Allgemeinen wohl bewährt. Ich freue mich, daß die Arbeiter sich gerade mit diesem Zweige der sozialen Gesetzgebung befremdet haben und den Bereich des Gesetzes erweitert zu sehen wünschen, insbesondere, daß die Fürsorge auch auf die Familienmitglieder ausgedehnt werde. Daß gleichwohl das Krankenlastergesetz an verschiedenen Mängeln leidet, ist ebenso unverkennbar. Wir haben bei der Verhütung des Gesetzes vorausgesetzt, daß es auf Grund der Erfahrungen werde fertiggestellt werden müssen. Wir sind damit beschäftigt, einen Entwurf zu einer Novelle aufzustellen; ob er noch in dieser Session zur Verabschiedung im Reichstag zu bringen sein wird, vermag ich nicht zu sagen. Vom sozialpolitischen Standpunkte des Gesetzgebers kann es uns ganz gleichgültig sein, wer die Fürsorge für die erkrankten Arbeiter

berdehnen, bilden 31,6, die Todtgeborenen 1,4 pro Mille der Bevölkerung, die außerehelich Geborenen 11,15 pCt. aller in der Woche Geborenen, davon die bei den Lebendgeborenen 11,31, bei den Todtgeborenen 33,33 pCt. In der Charitee und Bindungsanstalt wurden 33 Kinder geboren. Gestorben an Todtgeborenen sind 499, nämlich 290 männliche, 209 weibliche Personen. Von diesen waren unter 1 Jahr alt 151, 1 bis 3 Jahre 13, 3 bis 5 Jahre 91, (inkl. 8 außereheliche), 5 bis 10 Jahre 13, 10 bis 15 Jahre 11, 15 bis 20 Jahre 8, 20 bis 30 Jahre 38, 30 bis 40 Jahre 48, 40 bis 60 Jahre 67, 60 bis 80 Jahre 60, über 80 Jahre 12. Die Sterbefälle im Alter von 0 bis 5 Jahren machten 48,49 pCt. sämtlicher in der Woche Gestorbenen aus. Von den im Alter von 1 Jahr gestorbenen Kindern starben 42 im ersten, im zweiten, 22 im dritten, 10 im vierten, 9 im fünften, 8 im sechsten, 38 im siebenten bis zwölften Lebensmonate; von denen waren ernährt 25 mit Muttermilch, 2 mit Ammenmilch, mit Thiermilch 2, mit Milchsurrogaten, 9 mit gemischter Nahrung, von 23 war es unbekannt. Todesursache war bei diesen Kindern in dieser Woche namentlich: Lungenschwindsucht (86), Lungenentzündung (28), Bronchialkatarrh (10), Keuchstich (23), Krämpfe (35), Gehirnschlag (18), Gehirn- oder Gehirnhautentzündung (12), Krebs (23), Altersschwäche (10), Hämorrhagie (30), Abzehrung (14), Masern (5), Scharlach (5), Diphtherie (24), Typhus (5), Diarrhöe (4), Brechdurchfall (13), andere Krankheiten starben 149 und durch Selbstmord 5, wovon durch Vergiftung 0, durch Erhängen 2, durch Erhängen 1, durch Ertrinken 1, durch Sturz aus dem Fenster 1. Die Sterblichkeit dieser Woche, auf das Jahr berechnet, kommen durchschnittlich auf 1000 Bewohner in Berlin 18,4, in Breslau 26,7, in Königsberg 17,4, in Frankfurt a. M. 17,9, in Köln 23,1, in München 19,6, in Stuttgart 21,9, in Wien 20,6, in Paris 25,6, in London 23,2, in Liverpool 26,4. In dieser Woche wurden dem Polizeipräsidenten gemeldet als erkrankt 1 Typhus 17, an Masern 116, an Scharlach 51, an Diphtherie 1, an Cholera 0, an Pocken 0. In den 9 größeren Krankenhäusern wurden in der Woche 744 Kranke aufgenommen, davon litten an Tuberculose 16, an Scharlach 6, an Diphtherie 34, an Typhus 7, an Cholera 0, an Pocken 0. Es starben 109 Personen oder 21,8 pCt. aller in der Woche Gestorbenen; als Bestand verblieben in den Krankenhäusern 3720 Kranke.

Polizei-Bericht.

Am 16. d. M. Vormittags wurde auf dem Leipzigerplatz eine etwa 25 Jahre alte, anscheinend dem Alter nach liegend vorgefundene und mittels Droschke nach der Charitee transportierte Diensthabe des Schutzmanns infolge Ausgleitens auf den Pferdebahnschienen zu Boden. Der Schutzmann wurde dabei aus dem Sattel geschleudert, durch das Trittbrett eines von dem Schutzmann kommenden Pferdebahnwagens erfasst und dadurch in der Hüfte derartig verletzt, daß er mittels Droschke nach einer Wohnung gebracht werden mußte. Gegen Abend wurde an der Schlossbrücke ein Mann durch einen übermäßig schnell fahrenden Schlächterwagen erfasst und am linken Bein überfahren. — Am demselben Tage fanden mehrere unbedeutende Feuer statt. Es brannten Kurfürststr. 25 in einem Droguengeschäft der Fußboden, Schußstr. 42 Möbel und Betten in einer Wohnung, Französischestr. 5 Auf in Schornstein, Bersarstr. 67 Möbel in einer Küche, Potsdamerstr. 6 die Schäldecke in einem Wohnzimmer, Schönhauserstr. 2 aus einer heruntergefallenen Lampe ausgeflossenes Petroleum, Langestr. 88 Betten und Kleider in einer Küche und in der Nacht vom 17. d. M. im Neubau Taubenstr. 24 Bretter und die Strohverpackung eines Brunnens.

Gerichts-Zeitung.

Ein verschwiegene Verwandtschaftsverhältnis dürfte für einen der Zeugen in dem Posener Sozialistenprozeß, welcher auch in dem vor dem Reichsgericht verhandelten Meinesdorsprozeß gegen die Tischlergesellen Felix Wittkowski und Merkowski als Hauptbelastungszeuge fungiert hat, möglicherweise nach unangenehme Folgen haben. Der Tischlergeselle Joseph Kruschinski ist mit dem Kriminalschuttmann Raporta infoweit verschwägert, als ein Bruder des letzteren mit der Schwester des ersteren verheiratet ist. Dem Kruschinski, welcher die Beamtenangehörigkeit des Raporta gekannt und mit demselben zusammen die hiesigen Versammlungen der Polen besucht hat, war es nach seiner Belundung in dem betregten Meinesdorsprozeß nicht aufgefallen, daß Raporta in diesen Kreisen sich als Genosse gerierte. Dieser auffallende Umstand gab dem damaligen Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Flatau Veranlassung, dem Zeugen Kruschinski die Frage vorzulegen, in welchen Beziehungen er zu Raporta stehe. Der Zeuge antwortete darauf, daß er den Raporta von seiner Heimath aus kenne, verschwiege dabei aber, was in dem Posener Prozeß zur Sprache gekommen ist, eine Verschwägerung mit Raporta, obgleich aus der Art der Befragung seitens des Verteidigers mit Deutlichkeit hervorgeht, daß es demselben gerade auf die Feststellung eines solchen Verwandtschaftsverhältnisses angekommen war. — Die Angeklagten Wittkowski und Merkowski haben beantragt, für sie das Wiederaufnahmeverfahren in Antrag zu bringen und denselben auf die mitgetheilte Thatsache zu stützen.

Wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz stand gestern der Möbelpolster Bad vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, erstens Sammelbüchsen zur Unterstützung der Familien Ausgewiesener und zweitens eine verbotene Druckschrift, den Antijyllabus, verkauft zu haben. Durch die Beweisaufnahme wird der Thatbestand der Anklage im Wesentlichen dargethan. Rechtsanwalt Brandenthal bestreitet indeß, daß der Angeklagte sich strafbar gemacht habe. Dabei beruft er sich auf einen ministeriellen Erlaß, demzufolge das Sammeln für die Familien der Ausgewiesenen nicht strafbar sei. Zum zweiten Punkt führt er aus, nicht der Antijyllabus, den der Angeklagte verkauft essent verbreitet habe, sei verboten, sondern der, welcher in Chicago gedruckt und herausgegeben wird. Der Gerichtshof beschließt, die heutige Verhandlung behufs weiterer Aufschlußforderungen von Seiten des Ministeriums und der Braunschweiger Polizeidirektion (wegen des Antijyllabus) zu erlangen.

Der Todtschlag in der Chausseestraße. Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode des Landgerichts I begann vorgestern unter dem Vorsitz des Landrichters Junke mit der Verhandlung einer Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange, die sich gegen den 19jährigen Steinträger Carl Friedrich Boigt richtete. Am Abende des 10. Juni v. J. wollte der Angeklagte seine im Hause Chausseestraße 42 belegene Hofwohnung aufsuchen. Er hatte an jenem Abende Wunden erhalten und befand sich in angetrunkenem Zustande. Da er den Thorweg bereits verschlossen fand, mußte er warten, bis ein auf demselben Hofe wohnender Droschkenfahrer nach Hause kam, der ihm den Thorwegschlüssel anvertraute. Der Angeklagte war im Begriff, die Thür wieder zu schließen, als ein anderer Hausbewohner, der dem Boigt seit Jahren bekannte Tischlergeselle Dippold, hinzukam, der das Haus verlassen wollte. Ohne irgend einen Grund geriethen die Beiden in einen Wortwechsel, der bald zu Thätlichkeiten überging. Der Kampf währte nicht lange, Boigt verließ das Haus wieder und begab sich auf die Straße, um sein Auge, welches durch einen Faustschlag verletzt worden war, an einem Brunnen zu kühlen. Gleich darauf fand man Dippold blutüberströmt und bewusstlos auf dem Flur liegen. Er verstarb während des Transports nach seiner Wohnung. Bei der Obduktion stellten die Gerichtsärzte an der linken Schläfe des Todten eine tiefe Kopfwunde fest, der Schädel zeigte ein rundes Loch von der Größe eines Markstücks, durch welches die Gehirn-

masse herausgetreten war. Zweifellos ist diese Verletzung nach dem Gutachten der Sachverständigen die Todesursache gewesen. Die Anklage nimmt an, daß Boigt seinem Gegner mit dem außergewöhnlich großen Schlüssel einen Schlag gegen den Kopf gegeben hat, wofür viele Umstände sprechen. Der Angeklagte bestritt dies, seiner Trunkenheit wegen will er sich der einzelnen Umstände nicht mehr erinnern können, aber noch ganz genau wissen, daß er den Schlüssel nicht als Waffe benutz hat. Während des Ringens mit Dippold sei ein kleiner Mann, anscheinend ein Hausbewohner, vom Hofe aus auf den Flur getreten und habe ihm gesagt: Käl, gib mir den Schlüssel so lange, damit Du die Hand frei behältst und dabei habe derselbe ihm den Schlüssel aus der Hand genommen. Der Angeklagte ist der Ansicht, daß dieser den verhängnisvollen Schlag gegen den Kopf des Dippold geführt hat. Gesehen hat er dies zwar nicht, denn es sei auf dem Flur dunkel gewesen. Auffallenderweise will er diesen kleinen Mann, der seiner Anrede nach ihn kennen mußte, nicht kennen, alle Bemühungen, diese geheimnißvolle Person ausfindig zu machen, sind vergeblich gewesen. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Dippold ebenfalls angetrunken gewesen und außerdem, daß ein kleiner Mann Ohrenzeuge des vor dem Kampfe stattgefundenen Wortwechsels war. Der Hauschlüssel wurde einige Tage darauf auf einem Schaufenster gefunden, der sich neben dem Thorwege des betreffenden Hauses befindet. Der Staatsanwalt schloß aus der Beweisaufnahme, daß der Angeklagte der Thäter sei und plädierte in diesem Sinne, der Verteidiger wies aber auf die vielen dunklen und unaufgeklärten Punkte bei dem Vorfalle hin und vertrat die Ansicht, daß jener kleine Mann der Thäter sei. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig, daß er sich an einer Schlägerei betheiligt habe, durch welche der Tod eines Menschen herbeigeführt wurde. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängniß, während der Verteidiger eine dreimonatliche Gefängnißstrafe für ausreichend erachtete. Das Erkenntniß lautete auf ein Jahr Gefängniß, wovon sechs Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Der Sitzungssaal des Schöffengerichts am Amtsgericht Berlin II

war am Montag Nachmittag zum Erdbeben gefüllt. Gerichtsbeamte, Funktionäre der Staatsanwaltschaft, Kriminalstudenten und was sich sonst zu interessanten Verhandlungen zu drängen pflegt, war in Menge erschienen. Statt der Landleute aus der Umgegend Berlins, die sonst wegen irgend welcher Kontraventionen in diesem Saale abgeurtheilt werden, standen nämlich mehrere Kinder des fernsten Südens auf der Anklagebank, die mit ihrer Tracht dem sonst ziemlich düsteren Bilde einer Gerichtsverhandlung ein ganz eigenartiges Kolorit verliehen. Es waren dies vier Zigeunermädchen, die acht Tage vor Weihnachten beim Betteln aufgegriffen worden sind, sich dabei des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben sollten und deshalb bis jetzt in Untersuchungshaft gehalten worden sind. Die Mädchen führen den Familiennamen Ohive und die Vornamen Emma, Marie, Rosalie und Anna. Sie trugen sämtlich hochrothe Röcke von Rattun und hellblaue Schürzen, blaurothe Umhängelächer mit weißen Mustern, die verblühten Tüchchen zum Verzweifen ähnlich sahen und großblumige Kopftücher. Die 17jährige Emma zeigt in Antlitz und Gestalt nicht die leiseste Ähnlichkeit mit der Heldin des bekannten Schauspiel „Preciosa“, sie neigt im Gegentheil schon stark zu dem Bilde der Zigeunermutter hin. Die 14jährige Marie und die 12jährige Anna zeigen sich zwar noch als Kinder, aber trotz ihres üppigen schwarzen Haars sehen sie keineswegs hübsch aus. Ganz anders erscheint die 13jährige Rosalie. Sie trägt braunes Haar und besitzt einen ursprünglich reinen, nur von Sonne und — Sämuß gebräunten Teint, rothe Wangen und sehr fein geschnittene, durchaus germanische Gesichtszüge. Und doch sollen es Schwestern sein, obwohl sich zwei echte Zigeuner-Typen als „Mütter“ dem Gerichtshofe vorstellten. Es heißt, daß sich in der Familie ganz eigenthümliche Verwandtschaftsverhältnisse entwickelt haben. Die „Mütter“ sind nämlich Brüder, aber die Kinder sollen Schwestern sein. Die beiden Brüder besitzen nämlich in der Mutter der vier Mädchen eine gemeinschaftliche Frau, was bei ihrem Volke nicht gerade selten vorkommen soll. Zur Verhandlung war als Dolmetscher der Kandidat Barborescu geladen, weil angenommen wurde, daß die Sprache der Angeklagten die rumänische sei; diese Annahme erwies sich aber als falsch. Der Dolmetscher und die Angeklagten konnten sich nur deutsch verständigen, das sie allerdings nur radebredeten, obwohl sie behaupteten, „fertig deutsch“ zu sprechen. „Emme“ behauptete: „Sprechen wir alle fertig deutsch, wir rumänisch, bloß Sprach' unferes Volkes, Zigeunersprach!“ — „Wo sind Sie denn zu Haus?“ fragte der Vorsitzende, Amstichter Regier. — „Nix Haus! Haben nix Haus!“ — „Vortstenden: Ich meine, wo Ihre Heimath ist?“ — „Angell: Nix Heimath! Haben nix Heimath! Chaussee, Landstraf' Wald sein unser Heimath!“ — Besondere Schwierigkeit macht es, den Familiennamen festzustellen. Die beiden Zigeuner, welche sich als Mütter vorgestellt haben, nennen sich „Kall“, während sich die Töchter „Chiove“ nennen. Wußten die Mütter auch keine verständliche Aufklärung zu geben, so verstand es „Emme“ um so besser: „Chiove Zigeunersprach! Kall sein deutsche Nam!“ — Als ihre Religion nannten die Angeklagten die griechisch-katholische. Ihr Alter und ihren Geburtsort mußten sie nicht angeben. Sie gaben nur die erwähnten Jahre an. „Nix wissen, wo geboren! Werden sein geboren im Wald!“ — Was den Thatbestand anbelangt, welcher der Anklage zu Grunde lag, so betandeten die Gendarmen Buchtenhagen und Stelling, daß sie am 17. Dezember durch Bewohner von Weisensee und Jallenberg benachrichtigt worden seien, daß die beiden jüngsten Angeklagten die Leute durch ihre Bettel belästigt hätten. In dem Bemühen, die Mädchen zu verhaften, seien sie durch die älteren Weiden verhindert worden. Die Kleinen seien auf die Wagen gelastert, hätten sich dort versteckt, Emma habe dem einen Gendarmen mit einem Knüttel gedroht und ihm eine Bezeichnung an den Kopf geworfen, in welcher sich die Namen zweier Hausthiere zu verbinden pflegen. — „Nix gesagt Schimpfmoort! nur gesprochen in Zigeunersprach!“ — rief Emma dazwischen. — „Nix gebettelt, nur haben wollen laufen für zwanzig Pennig Beber!“ rufen die Kleinen. — „Nix sein geflohen, nur Furcht gehabt vor Pferd von Schandarm!“ — Der Staatsanwalt beantragte für die älteren je zehn beziehungsweise sieben Tage Gefängniß und für die jüngeren Beiden wegen Bettelns je fünf Tage Haft, welche Strafen durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten seien. Syndikus Dr. Hüße nahm sich mit großer Wärme der Angeklagten an, auf vollständige Freisprechung plaidirend, aber immer und immer wieder wurde er durch die vierstimmigen Rufe unterbrochen: „Nix getan! Nix gesagt!“ Der Gerichtshof sah die Sache so mild wie möglich an. Von der Verleumdung wurde die „Emme“ freigesprochen, weil nicht ausgeschlossen, daß sie ein von den Gendarmen mißverständenes Wort der Sprache ihres Stammes gebraucht habe. Wegen des Widerstandes wurden Emma und Marie zu je 3 Tagen Gefängniß, Rosalie und Anna wegen Bettelns zu je 1 Tag verurtheilt, welche Strafen als verbüßt erachtet wurden. Die Angeklagten wurden sofort entlassen. Der Jubel der Mädchen kannte keine Grenzen.

Eine sonderbarere Anklage wegen groben Unfugs

ist wohl niemals verhandelt worden als diejenige vor dem Schöffengericht gegen die „Frank. Bzg.“ am Freitag. In der Nacht vom 12. 13. September v. J. erhielt die „Frank. Bzg.“ eine telegraphische Depesche aus Stettin vom Abende des 12. In derselben war eine Mittheilung über den Empfang des Kaisers in Stettin enthalten, worauf der Say folgte: „Dem auswärtigen Amt ist der Geheim Legationstath v. Bülow hier.“ Hinter diesem Saye folgte ein + als technische Bezeichnung des Abschlusses. Der Korrektor Munk hielt das + für ein Todtenkreuz, so daß die andern Morgens in der Zeitung abgedruckte Depesche lautete: „Der Geheim Legationstath v. Bülow

vom auswärtigen Amt ist hier gestorben.“ Die Verwechslung wurde alsbald rettifizirt und der Irrthum aufgeföhrt. Trotzdem ist Anklage nach dem Unfugs-Paragrafen erhoben, weil die dem Legationstath v. Bülow Nabestehenden durch diese Nachricht beunruhigt worden seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Korrektor als Urheber des Unfugs und gegen den Redakteur wegen Fahrlässigkeit, weil er sich nicht um die Verfertigung des Telegramms bekümmert habe, Geldstrafen. Das Urtheil des Schöffengerichts lautete indeß für beide Angeklagte freisprechend. Die gemeldete Nachricht sei zwar unwahr und ungeeignet, Unruhe herbeizuführen im Publikum, dies jedoch thatsächlich nicht nachzuweisen. Wegen der hohen Stellung des Herrn v. B. allein sei das nicht absolut nothwendig. Auf das subjektive Moment der Sache geht das Gericht nicht weiter ein, weil dies nicht erforderlich erscheint, da die Freisprechung ohnehin zu erfolgen habe.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Steinträger Berlins hielt am 15. Januar seine ordentliche Mitgliederversammlung in Schaeffer's Salon, Anselstraße 10 ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zum Tarif für 1888. 2. Abrechnung vom letzten Quartal 1887. 3. Wahl eines Mitgliedes zur Fachkommission. 4. Wahl eines Beitragsammlers für die Jahrsstelle im Westen. 5. Verschiedenes und Fragelasten. — Betreffs der Lohnfrage bemerkte Herr Wallenthin, daß zwei Drittel der Arbeitgeber nach dem Tarif für 1887 voll gezahlt hätten, und ein Drittel den Preis bei schweren Steinen ihnen gehalten haben. Redner fügte hinzu, daß viele Vereinskollegen 25 auch 50 Pf. unter dem Tarif gearbeitet hätten. Hierzu wurde vom Vorsitzenden die Frage gestellt, ob es sich nicht empfehlen würde, im Winter auch bei schwerem Material 25 Pf. billiger zu arbeiten. Herr Unterlauf sprach sich zu dieser Frage zustimmend aus. Herr Knack empfahl der Versammlung, bei Lohnarbeiten kleine Preisdifferenzen nicht zu scharf zu nehmen, sondern wenn es sich um Kleinigkeiten handelt, die Arbeit anzunehmen, damit dieselbe in Händen der Mitglieder des Fachvereins bleibt. Herr Wallenthin empfahl jedoch, bei Bauten, auf welchen die Arbeit, die vom Grund auf bis zu Ende in Tagelohn ausgeführt wird, den hierfür bestimmten Preis festzuhalten. Herr Knack kritisirte in scharfer Weise, daß viele Fachvereinsmitglieder noch bei Kollegen arbeiten, die nicht zum Verein gehören und von denen sie nur nichtachtend behandelt werden. Er empfehle deshalb, nur bei Vereinsmitgliedern zu arbeiten. In seinen weiteren Ausführungen kritisirte Redner das Verhalten vieler Unternehmer in scharfer Weise, wobei ihn der die Versammlung überwachende Beamte unterbrach, um die Erklärung abzugeben, daß die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst sei. — Die nächste Versammlung findet am 29. Januar in Schmidt's Salon, Waldemarstr. 75, statt.

Eine öffentliche Versammlung der Stodarbeiter

Berlins tagte am 13. d. Mts. in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, um Stellung zu nehmen zur Gründung einer Ortsverwaltung der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“, speziell für die Arbeiter der Stodbranche. Namens der zu den nöthigen Vorarbeiten gewählten Kommission erhaltete Herr Pindric zunächst Bericht. Redner setzte der Versammlung die Zwecke und Ziele der Vereinigung auseinander. Zweck der Vereinigung ist vor Allem die Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit, zu welchem Zwecke laut § 152 der Gewerbeordnung die Arbeiter sich zu vereinen berechtigt sind; außerdem will die Vereinigung behufs Ermittlung der Löhne und der Lebenshaltung der Arbeiter eine gründliche und öfter fortgesetzte Statistik ausarbeiten; ferner die Errichtung von Herbergen, und zur Erleichterung der Arbeitsvermittlung die Herstellung eines ständigen Arbeitsnachweises, sowie behufs theoretischer Ausbildung der Mitglieder die Errichtung von Fachschulen in die Hand nehmen. Redner wies hin auf die fürlich ausgebrochenen Streiks, auf den fortwährend gesteigerten Lohndruck und die dadurch herbeigeführte schlechtere Lebenshaltung der Arbeiter, und empfahl Namens der Kommission den Anschluß der Stodarbeiter an die „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“, durch die Gründung einer Ortsverwaltung „Berlin“ speziell für die Stodarbeiter. In der Diskussion sprachen sich die Herren Böttcher und Sanger ebenfalls im Sinne des Referenten aus. Die Versammlung beschloß hierauf, mit der Gründung einer Ortsverwaltung „Berlin II“ für Stodarbeiter vorzugehen. Hierauf ließen sich 87 Berufsgenossen als Mitglieder aufnehmen. Bei der darauf stattfindenden definitiven Vorstandswahl wurden folgende Herren gewählt: zum Bevollmächtigten Pindric; Kassirer Böttcher; Schriftführer Weigner, und zu Beisitzern Hildebrand und Strohmeyer. Alsdann wurde über die letzten stattgefundenen Verhandlungen der Streikenden mit Herrn Gebauer diskutiert. Herr Gebauer will, wie mitgetheilt wurde, 20 der Streikenden sofort einstellen, während der Rest, ca. 25 Mann, die Arbeit erst acht Tage später wieder aufnehmen soll; diejenigen aber, welche Herr Gebauer bestrafen lassen will (aus welchen Gründen, weiß natürlich niemand), sollen überhaupt nicht wieder anfangen. Einer der Arbeiter, welcher, als der Streik ausbrach, entlassen wurde, verlagte, wie mitgetheilt wurde, Herrn Gebauer wegen Innehaltung der vierzehntägigen Kündigung. Vor dem Gewerbe-Schiedsgericht habe nun der Verlagte angegeben, der Arbeiter sei aus folgenden Gründen plötzlich entlassen worden: 1. wegen Putschens, 2. wegen regelmäßigen Zuspätkommens (für jedes Mal Zuspätkommen wird eine Strafe von 25 Pf. gezahlt), 3. sei der Streik durch ihn entstanden, und 4. hätte er sich an einer „inneren Bewegung“ betheiligt. (Letzterer Grund ist dem Kläger unverständlich.) Nachstehende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der streikenden Gebauer'schen Arbeiter einverstanden und verpflichtet dieselben, an ihren besannnten Forderungen festzuhalten.“ Die zu besuchte Versammlung, welche bis gegen 12 Uhr tagte, zeigte, daß auch die Arbeiter der Stodbranche von dem Ernst ihrer Lage überzeugt und gewillt sind, für die Verbesserung derselben mit aller Energie einzutreten.

Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindeg

Schule. Heute Abend 8½ Uhr Sitzung im Vereinslokal bei Schön, Kurfürststr. 31. Vortrag des Herrn Lehrer Urtich: „Wallenstein.“ Gäste willkommen. Am Sonntag, den 22. d. Mts., veranstaltet der Verein den nächsten Damen-Abend im Vereinslokal.

Krank- und Sterbe-Unterstützungskasse der

Vergolder und Berufsgenossen. (Eing. Hülfskaffe Nr. 19). Die Generalversammlung findet am Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 10½ Uhr, im Lokal des Herrn Hantenberg, Wasserthorstr. 54, statt. Tagesordnung: 1. Jährlicher Kassenericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Anträge der Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Eine öffentliche Schneiderversammlung findet heute,

Mittwoch, Abends 8½ Uhr, im Louisenstädtischen Konzertsaal, Alte Jakobstr. 37, statt. T. D.: Gründung einer Hülfskaffe des Hülfs-Unterstützungs-Verbandes der Schneider Deutschlands. Ref.: S. Festschmeder.

Fachverein der Fuher.

Heute, Mittwoch, Abends 8½ Uhr, bei Schaeffer, Anselstraße 10: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag eines Architekten über „Decorative Ausgestaltung von Hochbauten“. 2. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten.

Der Verein des technischen Personals der deutschen

Bühnen feiert am Sonntag, den 22. Januar, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57, sein zweites Stiftungsfest. Anfang Abends 8 Uhr.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Mittwoch.

Männergesangverein „Jugendlust“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Passod, Gartenstr. 162. — Männergesangverein „Cecilia“ Abends

9 Uhr im Restaurant, Köpenickerstr. 127a. — Gesangsverein „Männerchor Linde“ Abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Haller, Raunynstr. 70. — Lübeck'scher Turnverein (1. Lehrlings-Abtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57 58. — Turnverein „Wedding“, Bankstraße 9. Männer-Abtheilung von 8¹/₂ bis 10¹/₂ Uhr Abends; desgleichen 1. Lehrlings-Abtheilung von 8 bis 10 Uhr Abends. — Schleischer Verein „Voller“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Wasserthorstr. 41. — Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie. Abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Deese, Alte Schönhauserstraße 42, Unterricht und Uebungsstunde. — Arends'scher Stenographenverein „Amicitia“ Abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Behrends, Schönebergerstraße 6. — Arends'scher Stenographenverein „Philia“ Abends 9 Uhr im Restaurant „Wilhelmsgarten“, Kochstraße 7. — Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindefchule Abends 9 Uhr im Restaurant Lehmann, Rurfürstenstraße 31. — Berliner Rauchklub „Drangel“ Abends 9 Uhr im Restaurant Foge, Köpenickerstraße 191. — Rauchklub „Savanna 80“ Abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Paetzold, Reichbergerstraße 16. — Rauchklub „Gemüthlichkeit“ Abends 9 Uhr im Restaurant Nefel, Köpenickerstraße 161. — Rauchklub „Columbia“ Abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Beyer, Prinzenstr. 96. — Rauchklub „Frisch gewagt“ Abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Tempel, Breslauerstr. 27.

Kleine Mittheilungen.

Spandau, 14. Januar. (Unglücksfall.) Gestern war der Stationsarbeiter Hermann Reifner auf der Lehrer Bahn mit dem Austragieren eines Güterzuges beschäftigt. Beim Abhängen der Wagen hatte Reifner das Signal zum Anfahren der Maschine gegeben. Letztere setzte sich in Bewegung, als laute Rufe ertönten. Es gelang zwar, die Maschine sofort zum Stehen zu bringen, aber das Unglück war schon geschehen. Reifner lag bewußtlos am Boden; die Räder waren ihm über den rechten Fuß hinweg gegangen.

Hamburg, 14. Januar. Die Stadt Hamburg zählt nach den neuesten Ermittlungen 492 518 Einwohner. Die Zunahme betrug im verfloffenen Jahre 3,05 pCt. gegen 2,24 pCt. im Jahre 1886. In den letzten 10 Jahren stieg die Bevölkerung um 27,76 pCt.

Brüssel, 16. Januar. Heute brach in dem Alhambra-Theater während der Vorstellung von Ali Baba Feuer aus, indem aus der Deckung eines Heizungsrohrs Flammen schlugen. In den Parkterrassen entstand infolge dessen ein heftiges Drängen, während die Zuschauer in den Rängen ruhig auf ihren Plätzen blieben. Die Feuerwehrlente löschten mit geringer Mühe den Brand, worauf die Vorstellung ohne weiteren Zwischenfall wieder aufgenommen wurde.

Paris, 15. Januar. (Untergegangenes Schiff.) Wieder wird ein Fall bekannt, daß der Kapitän eines Schiffes einem anderen Schiffe, das dem Untergange nahe war, die erbetene Hilfe verweigerte. Der französische Dampfer „Ministre Abbateucci“ war auf der Fahrt von Havre nach Marseille auf der Höhe des Kap's Finistere led geworden. Am 29. December v. J. bemerkte man einen nach Süden steuernden Dampfer, dessen Kapitän gebeten wurde, den „Abbateucci“ bis San Martino de Porto, etwa 16 Meilen entfernt, im Schlepptau mitzunehmen. Obgleich dies vielleicht nur 2 Stunden in Anspruch genommen hätte, wurde es, trotz der verzweifelten Lage des „Abbateucci“ wegen augenblicklichen Mangels an Zeit abgelehnt. Infolge der immer stärker werdenden Stürme steigerte sich die Nothlage auf dem leeren Schiffe; am 31. December Abends sank dasselbe plöglich und die Wellen schloffen sich über 22 Menschen, der gesammten Besatzung. Der Steuermann Sebastiani kam allein mit dem Leben davon. Nachdem er 20 Stunden, an einem Lukendeckel angeklammert, auf dem Meere umhergetrieben war, wurde er von dem holländischen Dampfer „Athenia“ gerettet, und hat nun über die Angelegenheit berichtet. Das Schiff, welches die Hilfe verweigerte, soll ein englisches sein, der „Kingsdale“ von Newcastle. Die französische Presse ist über den Kapitän mit Recht tief entrüstet.

London, 16. Januar. Der Union-Dampfer „Athenian“ hat heute auf der Austreise Lyfahon passiert.

Washington, 12. Januar. (Eisenbahnunglück.) Ein Wagon mit Auswanderern, der einem auf der südlichen Pacific-Eisenbahn laufenden Zuge angehängt war, entpoppelte sich um Mitternacht am Dienstag unweit Sumner in Kalifornien und rannte eine steil abfallende Strecke zurück, bis er eine Biegung erreichte, wo er über den Bahndamm in eine Tiefe von 80 Fuß stürzte. Der Verlust des Waggons wurde erst auf der nächsten Station bemerkt, und als die Bahnbeamten zurückgingen, fanden

ke die Trümmern derselben in hellen Flammen. Viele Passagiere erlitten lebensgefährliche Brandwunden und andere ernstliche Verletzungen.

New-York, 14. Januar. (Schneesturm.) In den nord-westlichen Staaten wüthete gestern ein furchtbarer Schneesturm. Derselbe war über eine größere Fläche Landes ausgebreitet, als je früher der Fall gewesen ist. Viele Personen sind im Schnee ums Leben gekommen.

Neueste Nachrichten.

Das Sozialistengesetz. Die „Post. Ztg.“ theilt mit: Wie verlautet, wäre u. A. auch von Seiten Bayerns und Württembergs im Bundesrath Widerspruch gegen die „Expropriation“ erhoben worden. Bayern nimmt schon seines Reservatrechts wegen eine eigene Stellung zu diesem Vorschlage ein. Zu den bayerischen Reservatrechten gehört nämlich auch die Gesetzgebung über das Deimaths- und Niederlassungswesen, und Bestimmungen, welche die bayerische Gesetzgebung auf diesem Gebiete treffen will oder getroffen hat, können durch Reichsgesetze nicht einseitig beseitigt oder aufgehoben werden. Der Gesetzentwurf hat diese Klippe allerdings ungangen, insofern eine Ausweisung aus dem Reichsgebiet nicht stattfindet, sondern nur jedem Staatsgebiet ertheilt wird. Somit kommt eine Beschränkung des bayerischen Sonderrechts nicht in Frage, wiewohl in der Praxis dasselbe erreicht wird wie durch die Ausweisung aus dem Reichsgebiet.

Stellung des Centrums zur Verlängerung der Legislaturperioden. Das Münchener „Fremdenblatt“ hat unlängst erklärt, das Centrum werde geschlossen gegen die Verlängerung der Legislaturperiode stimmen. Eine gleich bestimmte und umfassende Versicherung abgegeben — sagt der „Westf. Merkur“ — sind wir allerdings nicht in der Lage. Indes können wir doch erklären, daß hervorragende Abgeordnete unserer Partei, weniger aus prinzipiellen als aus taktischen Gründen, der von national-liberaler Seite im Bunde mit den Offiziösen geplanten Verlängerung der Legislaturperiode energischen Widerstand entgegenzusetzen werden.

Ausweisung aus Schleswig. Der Sohn des Kaufmanns Kruland in Apenrade, welcher in Kopenhagen studirt und sich in letzter Zeit bei seinen Eltern zum Besuch aufhielt, ist aus dem diesseitigen Staatsgebiet ausgewiesen worden.

München, 17. Januar. Der Petitionsausschuß der Kammer beschloß einstimmig, die Petition der Würzburger Centrumswahlmänner auf Abänderung des Landtagswahlgesetzes der Regierung zur Ermäßigung zu überweisen. Demnach wird vielleicht die Bestimmung getroffen werden, daß in der so lange schon schwebenden Würzburger Wahlangelegenheit das Loos die endliche Entscheidung bringt.

Aus London, 17. Januar, wird der „Post. Ztg.“ telegraphirt: Im Zentral-Strafgerichtshof begann gestern die Schwurgerichtsverhandlung gegen C u n i n g h a m - G r a h a m; liberales Mitglied des Unterhauses für Nordwest-Yorkshire, und den Sozialistenführer John Burns. Dieselben sind angeklagt, sich am 13. November v. J. an einem Kravall auf Trafalgar Square betheiligt und der Polizei in der Ausübung ihrer Pflicht Widerstand geleistet zu haben. Der Attorney-General behauptete in seiner Ansprache an die Geschworenen, daß die Angeklagten das öffentliche Versammlungsgesetz mit der Redefreiheit verwechselt. Die Redefreiheit sei ein Recht, worauf das Land stolz sei; eine Beeinträchtigung desselben könne die Regierung nicht im Sinne führen. Anders verhalte es sich mit dem Versammlungsrecht; dasselbe hänge lediglich von Umständen ab. Es sei ungesetzlich, ein Bild in einem Laden auszustellen, wenn dadurch eine Verkehrsstörung auf der Straße entstehe; es sei für ungesetzlich erklärt worden, einen Stuhl auf der Straße zu stellen oder eine Tribüne für ein Orchester zu errichten, wenn dies eine Verkehrsstörung verursache; es bestehe kein gesetzliches Recht, eine Versammlung auf Trafalgar Square abzuhalten, und die Polizei sei völlig befugt gewesen, das Abhalten von Versammlungen auf dem Square zu verbieten. Die Angeklagten hätten unter diesen Umständen ihre Versammlung im Hyde-park abhalten sollen; gleichwohl hätten sie versucht, sich den Zugang zum Square zu erzwingen. Dadurch hätten sie sich eines Vergehens schuldig gemacht, welches das Gesetz in den strengsten Ausdrücken verdamme und das nicht ungestraft gelassen werden dürfe. Nach Vernehmung einer Anzahl Belastungszeugen, zumeist Polizeikonstabler, wurde die Verhandlung bis Dienstag vertagt.

Aus Petersburg, 16. Januar, wird dem „Berl. Tabl.“ telegraphirt: „Gerüchtheil verlautet, im Narwaschen-Stadttheile wäre ein ganzes Polizeibureau (Wischastof) vom Pristaw (Vor-

sieher) bis zum jüngsten Gorodowoi als politisch vertheilt gehoben; Alle wurden arretirt. Dies steht Alles in Verbindung mit der jüngst gemeldeten Arretirung eines Offiziers der Armee. In ihrer an der Moika gelagerten Wohnung wurde neben sehr kompromittirenden Briefschaften Dynamit gefunden.“

Norwegen wird nach einem Beschlusse des Reichstages auf dem Erinnerungsfest der großen Revolution, der die Ausstellung von 1889, amtlich vertreten werden soll, die Regierung ist eine desfallsige Resolution des Reichstages erlassen, die die Fürsorge für die Theilnahme von Norwegen Seite einer besonderen Kommission anvertraut hat, welche glieder bereits ernannt sind. — Die Einnahmen des Reiches für das abgelaufene Finanzjahr 1888-89 betragen 42 469 000 Kronen, die Ausgaben haben 42 469 000 Kronen mehr betragen, das ist immerhin ein Defizit, den sonst gut geordneten Finanzen ist es nicht der Rede wert.

Brüssel, 17. Januar. Der aus den Ardennen (Frühjahr 1886) berückichtigte General van der Smitten ist in den Ruhestand.

Telegraphische Depeschen

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, Dienstag, 17. Januar. Die Post von 9. Dezember 1887 von Sdney abgegangener Dampfer „Hohenzollern“ ist in Brindisi eingetroffen und in Berlin voraussichtlich am 19. früh zur Ausgabe gelangt.

London, Dienstag, 17. Januar. Der Union-Dampfer „Mexican“ ist heute auf der Heimreise in Plymouth angekommen.

Markthallen-Bericht von J. Sandmann, Verlagsvermittler, Berlin, den 16. Januar 1888.

Temperatur in der Halle 4 Grad Reaumur.

Wetter: Frost.

Butter. (Reine Naturbutter.) 1. Feinste halbschöne Tafelbutter (bekannte Marken) 103-110 M. 2. Schmeckende Tafelbutter 95-103 M. 3. Tischbutter 98 M. 4. fehlerhafte Tischbutter 90-98 M. 5. Backbutter 70-80 M. pr. Btr. Auktion täglich um Vormittags.

Eier 2,50-3,10-3,25 netto ohne Abzug v. Sch.

Käse. Importirter Emmenthaler -87, Schweizer 35-50-65, Quadrat-Backstein 12-16, bürger 20-30-35, Rheinischer Holländer Käse 58 pr. Btr., Edamer 58-68, Gargar -3,00 M. Dtsche. Camembert - M. pr. Dg. Neuschotel - wenn es noch

Fleisch. Rindfleisch 30-42-55, Kalbfleisch im 50-58, Hammel 30-45-50, Schweinefleisch 42-55-60 Pf. pr. Pfund.

Geflügel, fett, geschlachtet. Fette Gänse 40-45, Fette Enten 50-65 Pf. pr. Pfd., Puten 45-50 Pf., Tauben 38-50 Pf., Hühner 0,60-1,00-1,50 Pf.

Geflügel, lebend. Gänse la - - - - -, Enten 0,85-1,50-2,25 M., junge Hühner - - - - -, Hühner 1,00-1,50, Tauben 30-45 Pf. pr. Stück. 3,00-5,00 M. - Auktion täglich um 9 Uhr Vormittags.

Obst und Gemüse. Weißfleischige Speiselartoffeln 5,00, Zwiebeln 9,00-14,00 M. pro 100 Kilo, Blumenkohl 30 M. pro 100 Kopf, Birnen 6-10-13-20, Äpfel bis 15-20, Wallnüsse la. - M. pro Btr. brutto. Jassa 9-10, Messina 11-13, Valencia 420er pro Kiste. Citronen 9-13 M. per Kiste.

Feldfrüchte in Wagenladungen, Kartoffeln, Speiselartoffeln 40-50 M. per 1000 Kilo, Hafer 100-120 M., Gerste 120-200 M., Futtererbsen 115-120 M., bis 180 M., Richtstroh 35-40,00 M., Heu 40-1000 Kilo.

Preuss. Original-Loose.

Hauptgewinn: 600 000 Mark

138

vom 20. Januar bis 8. Februar. Hierzu empfehle:

1/2 200 M., 1/3 100 M., 1/4 50 M., 1/5 25 M., 1/6 12 M. 50 Pf., 1/12 6 M. 50 Pf., 1/24 3 M. 25 Pf.

Leo Joseph, Loos- und Bank-Geschäft,

Berlin C., Jüdenstraße 14.

NB. Auf Nr. 81 419 fiel 60 000 M., auf 38 815 10 000 M. kürzlich in meine Kollekte.

Grösste Staatsgewinne:

1 x 600,000 Mk., 2 x 300,000, 2 x 150,000 Mark.

Haupt- und Schluss-Ziehung: 20. Jan. bis 8. Febr., täglich 4000 Gewinne.

Kgl. Preuss. 177. Staatslotterie.

In Summa 65,000 Gewinne: 22 Millionen

157,180 Mk. baar.

Hierzu empfehlen Orig- und Ant.-Loose:

1/11 M. 220, 1/2 M. 110, 1/4 M. 55, 1/5 M. 44, 1/8 M. 27 1/2,

1/10 M. 22, 1/20 M. 11, 1/40 M. 6, 1/80 M. 3 1/4.

Amtliche Liste und Porto 50 Pfg. extra.

87

Oscar Bräuer & Co.

Berlin W., Unter den Linden 12.

Freunden und Genossen empfehle meine

Uhren-Reparatur-Werkstatt

zur geneigten Beachtung.

Gleichzeitig empfehle mein Lager von Uhren, Uhrketten und Verloques.

E. Rüger, Admiralstraße 39, part.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin

von **Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.**

Reelle Waare. Prompte Bedienung.

31

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, **Wilhelm Paarmann**, am 16. Januar, früh 8¹/₂ Uhr, nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. **Clara Paarmann**, geb. Schön. Die Beerdigung findet am 19. Januar, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofes (Eingang Paruthstr.) aus statt. [165]

In jedem Geschenk passend, empfehle ich Bilder von **Mars und Laskalle** in schwarz und Gold, **A. Sebel**, sowie Gruppenbilder der **Sozialdemokratischen Fraktion**. Anfertigung jeder Glaserarbeit. (Gruppenbilder werden sauber und billig eingeraht.) [133] **Karl Scholz**, Eisenbahnstr. 36b.

Der **Arbeitsausschuß** nebst **Herberas** für **Schlösser** und **Berufsacossien** befindet sich **Bitterstraße 123** bei **Sodtke**. [121]

Breuss. Lotterie-Loose offerire 3 Hauptziehung v. 20. Jan. bis 8. Febr. Hauptgew: 600 000 M., 2 x 300 000 zc. Anz.: 1/2 25 M., 1/3 12 1/2 M., 1/4 6 1/2 M., 1/5 3 1/2 M. **S. Labandter**, Berlin, **Johannisstraße 5**, E. Feinste Lotterie-Geschäft. Begründet 1860. [165]

Täglich 4000 Gew. In dieser Woche (20. Januar bis 8. Febr.) beginnt die Haupt- und Schlussziehung der

177. Königl. Preuss. Staats-Lotterie

mit Hauptgew. M. 600,000, 2x300,000, 2x150,000, 2x100,000 Original-Loose mit Bedingung der Rückgabe nach Beendigung der Ziehung, event. bei sofortiger Gewinnvertheilung.

1/2 M. 210, 1/3 M. 105, 1/4 M. 55, 1/5 M. 27,50. Antheile, deren Gewinne sofort ohne jeden weiteren Abzug ausbezahlt werden. 1/2 M. 52,50, 1/3 M. 26,50, 1/4 M. 14, 1/5 M. 7, 1/6 M. 3,50. Porto u. aml. Gewinnliste 75 Pf. Einschreibesendung i. Mark. Prospekts gratis.

Im Ganzen 65 000 Gew. **Moritz Bab**, Bank- u. Lotterie-Effektengeschäft, Berlin W., 8, Charlottenstrasse 50-51. [400]

Achtung Stockarbeiter!

Der Streit in der **M. Schwanen-Stockfabrik** dauert fort. Da die maligen Verhandlungen der Kommission Einigung mit dem Chef erzielt wurde, thut schnelle Hilfe Noth. Unterstützt die Kleinigkeit nehmen wir mit Dank entgegen. Die Hauptabtheilungen befinden sich bei **Brandenburgstr. 42**; **Winer**, Raunynstr. 11; **Kleine Hamburgerstraße**, **Ede Elshofstr.**; **Witchow**; **Raberg**, Blumenstraße 51; **Kassirer W. Fenslein**, Breslauerstraße 4 Treppen.

Fachverein der Stein- und Lithographen.

General-Versammlung Donnerstag, den 19. d. M., Abends 8 Uhr im **Louisenstädt. Bausch.**, Alte Schulstr. 11.

Tages-Ordnung: 1. Kasernenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Mitglieder werden aufgenommen. Um Einverständnis ersucht. **Der Vorstand**

General-Versammlung

„Es ist mir ein großes Vergnügen, Sie begrüßen zu dürfen. Ich habe mich sehr über Sie freuen dürfen. Ich hoffe, Sie werden mir die Ehre machen, mich zu besuchen.“

erscheint täglich in's Haus 4 Mart. C

Die Sonne

Das ist ein sehr interessantes und gewöhnliches Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.

Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben. Das ist ein sehr interessantes Leben.